Nr. 199. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 27. August 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der skandinavische Arbeiterkongreß.

Kopenhagen, 23. August.

Der skandinavische Arbeiterkongreß hat in seinen folgenden Sitzungen zu einer Reihe bedeutsamer Fragen der Arbeiterbewegung Stellung genommen, und auch die große Aktion der schwedischen Parteigenossen für die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts hat hier eine energische Förderung gefunden. Den Generalstreik, der bisher nur in Frankreich und Belgien Anhänger fand, wollen die schwedischen Genossen zum erstenmal zur politischen Demonstration benutzen, ein beachtenswertes neues Moment in der nordischen Arbeiterbewegung, dessen Tragweite die Genossen, wie die Verhandlungen ergeben, wohl zu ermessen wissen.

Ueber die erste Sitzung haben wir bereits kurz berichtet, sie war ausschließlich den Schilderungen über die Frage der Arbeiterbewegung in den skandinavischen Ländern gewidmet; die heutigen Beratungen wurde durch einen Vortrag P. Knudsens (Kopenhagen) über: „Das Ziel der modernen Arbeiterbewegung" eingeleitet. Der Vortrag, dessen Grundgedanken in der folgenden, ohne Debatte einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt sind, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

„Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter haben die gemeinsame Aufgabe, die Arbeiter zum Kampf für die vollständige Anerkennung ihrer Menschenrechte zu sammeln, die möglichst besten wirtschaftlichen Verhältnisse und die möglichst größte politische Freiheit unter den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen zu erringen, sowie die Aufgabe, die Arbeiter über die Entwicklung und die Wirkungen der kapitalistischen Gesellschaft aufzuklären.

Um in möglichst größtem Maßstab gesicherte Verbesserungen der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiter zu erringen, sollen die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen Einfluß auf die Gesetzgebungsarbeit auszuüben suchen, und zwar dadurch, daß sie dahin wirken, daß die Volksvertretungen sich mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter beschäftigen und Gesetze geschaffen werden, durch die die Arbeiter vor der rücksichtslosen Ausbeutung durch den Kapitalismus geschützt werden.

Infolgedessen sollten die Organisationen sich bei allen Gelegenheiten mit den Fragen befassen, die ihrer Natur nach Bedeutung für die Arbeiter haben, abgesehen davon, ob diese Fragen social-ökonomischen oder politischen Charakters sind.

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unter den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen unumgänglich notwendig, um die Uebermacht des Kapitals einzuschränken und dadurch die Stellung der Arbeiter zu verbessern.

Ohne die Gewerkschaften ist es nicht möglich, den Kapitalisten einen anständigen Arbeitslohn oder eine Verkürzung der Arbeitszeit abzuzwingen. Aber durch diesen Kampf wird die Ausbeutung nur gemildert, nicht abgeschafft. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse hört erst dann auf, wenn die Gesellschaft selbst die Produktionsmittel, die Distribution und die Verkehrsmittel in Besitz nimmt.

Darum erklärt der Kongreß in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen socialistischen Kongresses, daß die Arbeiter nach Erringung der politischen Macht innerhalb der Gesellschaft streben müssen, um die Socialisierung der Produktions-, Transport- und Verteilungsmittel und die Organisation der Produktion unter demokratischer Kontrolle durch die Gesellschaft zur Durchführung zu bringen und die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten von der Herrschaft des Kapitalismus zu befreien."

Zur Frage der Organisation der Landarbeiter sprechen Sundbo (Esbjerg) und H. P. Jensen (Kopenhagen). Bezüglich der Organisierung der Arbeiterinnen ist von der Arbeiterkommune Malmö die folgende Frage eingereicht worden: „Welche andren Mittel als das Radikalmittel: die von den Männern angewandte gewerkschaftliche Taktik, kann der Kongreß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Industrie-Arbeiterinnen im Interesse des ganzen Geschlechts ausfindig machen? Einerseits zeigt es sich, daß es schwierig ist für die Arbeiterin, sich den gewerkschaftlichen Gedanken nutzbar zu machen, andrerseits wirken viele Umstände darauf hin, die Versuche, die zur Organisierung der Frauen seitens der Partei gemacht worden sind, zu hemmen." Hierüber findet eine rege Diskussion statt, an der sich auch besonders die anwesenden Frauen lebhaft beteiligen.

Des weitern wird dann noch über die Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel, die Abschaffung der Heimarbeit und die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte diskutiert.

* * *

Kopenhagen, den 24. August. Die heutige Sitzung begann mit einer kurzen Debatte über Normal-Arbeitstag und Maidemonstration. Die Arbeiterorganisationen in Horsens beantragten, die Demonstration für den Achtstundentag auf einen Sonnntag zu verlegen, weil um die Zeit des 1. Mai mehrere Feiertage rasch auf einander folgen, neben den christlichen auch die Verfassungsfeste der Dänen und der Norweger. Der Antrag wurde, namentlich mit Rücksicht auf den Beschluß des internationalen Kongresses in Paris, abgelehnt.

Auf Antrag der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften wurde über die Frage der Lehrlingsausbildung diskutiert und hierzu die folgende Resolution angenommen:

„Um den Lehrlingen der verschiedenen Gewerbe die möglichst beste Ausbildung zu sichern und die Ausbeutung der Arbeitskraft der jungen Menschen zu verhindern, beschließt der Kongreß, daß in den verschiedenen Ländern dahin gewirkt wird, daß seitens der Kommunen mit Unterstützung aus Staatsmitteln Fachschulen errichtet werden, in denen die Lehrlinge der verschiedenen Gewerbe gratis ausgebildet werden. Alle Vorschläge, die den gesetzgebenden Körperschaften diesbezüglich gemacht werden, sollen Bestimmungen enthalten, die den Arbeiterorganisationen Einfluß auf diese Verhältnisse einräumen."

Hierauf geht der Kongreß zur Behandlung des Gegenstandes der Tagesordnung über, der von der allergrößten und weittragendsten Bedeutung ist, zur Wahlrechtsfrage der Schweden. Hjalmar Branting, der einzige Vertreter der Socialdemokratie im schwedischen Reichstag, schildert das empörende Wahlunrecht, das drei Vierteile des schwedischen Volkes von jeder Teilnahme an der Regierung des Landes ausschließt. „Wir wollen uns nicht mit einer Scheinreform begnügen," sagt der Redner u. a. „Wir fordern gleiches Recht für uns alle, und selbst wenn wir soweit gehen sollten, daß wir alle Arbeit einstellen, wir weichen nun keinen Schritt mehr zurück in diesem Punkt. Wir Schweden sind ein ruhiges und geduldiges Volk. Wir unternehmen nicht gerne einen solchen Schritt, und wenn wir gleichwohl in einen allgemeinen Streik eintreten, so soll das hier gesagt sein, wir thun es nur, getrieben durch die harte Notwendigkeit."

P. Knudsen (Dänemark) schildert in packender Rede die Kämpfe des schwedischen Volkes für die Erringung der staatsbürgerlichen Rechte, die vielen Demonstationen, die Gründung der Wahlrechts-Vereine, die Volks-Reichstage, und wie alles vergebens geblieben ist. Es ist nicht unsre Sache, den schwedischen Brüdern zu sagen, was sie nun unternehmen sollen; sie müssen selbst das Mittel bestimmen, und sie haben als letztes Mittel den Generalstreik bestimmt. Alle Streiks sind wie zweischneidige Schwerter, aber der Generalstreik ist noch gefährlicher. Doch, es sind zielbewußte Arbeiter, die diese Waffe anwenden wollen, und so mögen sie sie denn anwenden. Wir haben in Belgien gesehen, daß diese Waffe brauchbar ist, und darum sagen wir dänischen und norwegischen Arbeiter, daß wir den schwedischen Brüdern unsre volle und unbedingte Unterstützung zuwenden wollen.

Darauf spricht der Norweger K. Jeppesen: „Wie haben lange genug das Lied gesungen: „Bald wird es Tag, Ihr Brüder; es dämmert schon im Osten". Nun wollen wir einmal nachhelfen, daß es ein wenig schneller Tag wird, und wenn der Kampf kommt, werden wir norwegischen Arbeiter Euch die schwielige Hand reichen und sie soll nicht leer sein!"

Eine begeisterte Stimmung ergreift die Versammelten; alle teilen die Empfindung, daß der bedeutsamste Moment des Kongresses gekommen ist. Durch Erheben von Plätzen, unter Hurrarufen wird die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Arbeiterklasse Schwedens fehlt vollständig das politische Mittel, das allgemeine Wahlrecht, das eine notwendige Bedingung für die friedliche Entwicklung des Gemeinlebens ist. In der Erkenntnis, daß dieser ungerechte und unerträgliche Zustand auch dem Fortschritt in den andren skandinavischen Ländern zum Schaden gereicht, beschließt der Kongreß:

Da die unterdrückte Klasse in Schweden seit einer langen Reihe von Jahren mit Anwendung aller friedlichen Mittel wieder und wieder vergebens die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verlangt hat, verspricht der Kongreß den Arbeitern Schwedens, im Fall ihnen auch ferner noch das Wahlrecht versagt wird und sie sich infolgedessen zur Anwendung eines solch ernsten Mittels, wie es eine allgemeine Arbeitsniederlegung ist, gezwungen sehen, die kräftigste und energischste Unterstützung, sowohl moralischer als auch materieller Natur durch die Arbeiterorganisationen Dänemarks und Norwegens.

Die ganze Verantwortung für das Ungemach, das aus einer allgemeinen Arbeitsniederlegung für Land und Volk hervorgeht, fällt auf die unverständigen und reaktionären Machthaber in Schweden."

Nach einem kurzen Referat Sigvalt Olsens (Dänemark) wird dann einstimmig die Resolution gegen den Militarismus angenommen, in der es u. a. heißt, daß die skandinavischen Arbeiter kein Mittel unversucht lassen werden, um die Aufklärung über die Verderblichkeit des Militarismus für die Nation zu verbreiten und den Rüstungswahnsinn zu bekämpfen. Der Kongreß fordert ferner die Parteileitungen in den drei skandinavischen Ländern auf, Anträge auszuarbeiten, um die Propaganda für diese Sache zu fördern.

Zur Frage der skandinavischen Seegesetzgebung spricht Lindley, der Vorsitzende des schwedischen Transportarbeiter-Verbandes. Redner schildert die veralteten Gesetzesvorschriften, unter denen die nordischen Seeleute zu leiden haben. — Die Ausarbeitung von diesbezüglichen Reformvorschlägen wurde einem Ausschuß überwiesen.

Auf Antrag des Fachvereins der Dienstmädchen Kopenhagens wird über die Ausnahmegesetze für die Dienstboten verhandelt. Marie Christensen, die Vorsitzende dieser Gewerkschaft, sowie Lyngsie, der Vorsitzende des dänischen Arbeitsmannes-Verbandes, sprechen über die menschenunwürdigen Bestimmungen und Verhältnisse, unter denen diese Arbeiter und Arbeiterinnen zu leiden haben, und mehrere andre Redner und Rednerinnen schließen sich dieser Kritik der bestehenden Verhältnisse an. Es wurde eine Resolution angenommen, worin die Aufhebung dieser Gesetze gefordert wird und statt dessen die Einführung humaner Schutzbestimmungen für die Dienstboten.

Die „Arbeiterkommune" in Malmö hat beantragt, daß sich der Kongreß mit der Frage der korporativen Unternehmungen (Genossenschaften) befasse. Nach einleitendem Vortrag von Forsell (Schweden) und kurzer Diskussion beschließt der Kongreß einstimmig wie folgt:

„Indem der Kongreß ausspricht, daß die Ausrottung der Armut nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß die Produktionsmittel socialisiert werden, und daß das Hauptmittel hierzu die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse ist, beschließt der Kongreß, die Gründung korporativer Unternehmungen zu empfehlen. Der Kongreß empfiehlt, daß die Frage der Errichtung neuer korporativer Unternehmungen sowohl den örtlichen wie politischen als auch gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterpartei zur Behandlung überwiesen werde, und daß solche Gründungen nur nach genauer Untersuchung, ob das Bedürfnis dazu vorliegt und ob die nötigen Mittel dazu, ohne in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Kapitalisten zu kommen, beschafft werden können, vorgenommen werden.

Bei Beobachtung dieser Verhaltungsregeln sieht der Kongreß die korporativen Unternehmungen als ein gutes Hilfsmittel im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse an."

Ueber die Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit wird ebenfalls kurz diskutiert und eine Resolution gefaßt, in der erklärt wird, daß die Arbeitslosigkeit nur durch Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und durch deren Socialisierung aufgehoben werden kann. Inzwischen ist es Pflicht des Staates und der Gemeinden, durch eine entsprechende Verteilung der öffentlichen Arbeiten jeder bevorstehenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Aufgabe der Vertreter der Arbeiterschaft ist es, für eine gradweise Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Entwicklung der Produktionsmittel zu wirken. Was im übrigen in der Frage geschehen kann, wird den einzelnen Organisationen zur näheren Erwägung überwiesen.

Die Resolution über die Organisierung der Frauen, die inzwischen von der Kommission ausgearbeitet wurde, führt zu einer lebhaften Debatte, wird aber dann gegen 4 Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Indem der Kongreß nur in der Organisation, der gewerkschaftlichen und politischen, das einzige Mittel zur Erringung der Menschenrechte für die Frau sieht, muß es die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung sein, den Frauen das volle Verständnis für die Notwendigkeit der Organisation beizubringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt der Kongreß den verschiedenen Centralorganisationen, die schriftliche wie mündliche Agitation zu unterstützen und in politischer Hinsicht besonders für die Schutzgesetzgebung für Frauen und Kinder zu wirken.

Des weiteren wird die Presse der Arbeiterpartei aufgefordert, überall dort, wo Veranlassung dazu vorliegt, die Mißstände, unter denen die unterdrückten, unorganisierten Arbeiterinnen leiden, scharf hervorzuheben.

Schließlich fordert der Kongreß die Vorstände der Gesamtorganisationen, sowie der einzelnen Gewerkschaften auf, die Frage der Frauenorganisationen zu diskutieren, und giebt es den Vorständen anheim, zu untersuchen, welche von ihren Mitgliedern Frauen und Töchter haben, die Lohnarbeiterinnen sind; ferner Beitrittsmeldungen entgegenzunehmen und diese den Fachvereinen der Arbeiterinnen zu übermitteln."

In einer Debatte über die Arbeiterpresse wird über die mangelhafte Berichterstattung über Arbeitskonflikte geklagt und schließlich eine Resolution angenommen, in der zunächst auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hingewiesen wird und diese an ihre Pflicht gemahnt wird, für die Verbreitung der Mitteilungen über Streiks, Arbeitsverhältnisse usw. zu sorgen, und an die Pflicht der Organisationen, der Presse diese Mitteilungen zuzusenden. — Legien-Hamburg und Octors-Brüssel erklären, daß auch sie ihrerseits für die Verbreitung solcher Nachrichten sorgen wollen.

Des weiteren wurde eine Resolution, betreffend internationale Verbindungen, angenommen, durch die es den Gewerkschaften der einzelnen Länder zur Pflicht gemacht wird, gemeinsame Landesorganisationen zu bilden, durch welche dann bei großen Ausständen die Unterstützungen durch die Bruder-Organisationen geregelt werden soll.

Bezüglich der Heimarbeit beschließt der Kongreß, daß die Organisationen, die durch die Verhältnisse zu einem Kampfe für die Abschaffung derselben gezwungen werden, auf das kräftigste unterstützt werden sollen. Aufgabe der Arbeitervertreter soll es sein, dahin zu wirken, daß alle industrielle Heimarbeit unter Aufsicht der Fabrikinspektoren gestellt wird.

Den Landleuten — Bauern, Häuslern und Landarbeitern — empfiehlt der Kongreß, sich zu organisieren und sich in ihren Vereinigungen mit fachlichen, politischen, kommunalen und kooperativen Fragen zu befassen.

Schließlich gelangt noch eine umfangreiche Resolution zur Annahme, in der bestimmte Regeln über die Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel, über das Verhalten der Organisationen bei Streiks, die sich auf mehrere Länder erstrecken, über die Behandlung von Streikbrechern, sowie über die Anwendung des Boykotts aufgestellt werden.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. Der nächste skandinavische Arbeiterkongreß wird 1906 stattfinden.

Nach begeistert aufgenommenen Ansprachen von Lindquist (Schweden), J. Jensen (Dänemark), P. Knudsen und A. Pedersen (Norwegen) wird der Kongreß mit Hochrufen auf die internationale Arbeiterbewegung und den Socialismus geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. August.

Gumbinnen.

Die Gerüchte der letzten Tage über neue Spuren zur Entdeckung des Thäters finden keinerlei Bestätigung.

Die Vernehmung des Schutzmannes Kettlitz und des Handelsmannes Libsch hat am Sonnabend vor dem Kriminalinspektor Braun stattgefunden. Dieselben konnten nichts weiter als bereits von uns Berichtetes aussagen. Der Schutzmann Kettlitz wiederholte, daß ihm Libsch von dem Gespräch, welches er mit dem zur Schutztruppe gehörenden Soldaten gehabt hatte, nach der Verurteilung des Marten Mitteilung machte. Libsch gab bei der Vernehmung sein Gespräch mit den Soldaten getreu in dem bereits berichteten Wortlaut wieder. In Polizeikreisen neigt man der Ansicht zu, daß die Soldaten dem Libsch etwas erzählt haben, woran sie selbst nicht glaubten, denn es hat sich bereits herausgestellt, daß von den Unteroffizieren und Mannschaften der 4. Schwadron des 11. Dragonerregiments niemand nach der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk nach Ostasien geschickt wurde. Die Akten über die Vernehmung des Kettlitz und des Libsch sind nach Gumbinnen gesandt worden. Das Militärgericht dürfte nun nachforschen, wer von den 11. Dragonern nach Südwestafrika gesandt wurde, und welche Leute des Regiments sich am 17. Juni in Berlin aufgehalten haben.

Ebenso wird die Meldung einer erneuten Ladung des Skobeck für unrichtig erklärt.

*

Bemerkenswert sind Darlegungen „von militärischer Seite" im „Reichsboten" über die Schußleistung desjenigen, der v. Krosigk erschossen hat, Darlegungen, die neue sehr gewichtige Anzeichen für die Nichtschuld des Verurteilten aufweisen. Der Verfasser schreibt:

„Einen — wenn dieser Ausdruck überhaupt hier am Platze ist — **einen Meisterschuß** hat derjenige gethan, welcher den Rittmeister v. Krosigk zu Boden gestreckt hat. Denn ungünstigere Bedingungen wie auf dem die Reitbahn zum Teil umfassenden Gange konnten kaum zur Abgabe eines Schusses vorliegen. Zwar war die Entfernung sehr gering. Aber dafür fehlte ausreichendes Licht. Draußen legten sich schon die Schatten des Abends auf die Kaserne und in der Reitbahn kämpften die spärlichen Flammen einiger Lampen mit dem fast undurchdringlichen Dunst, den namentlich im Winter sehr schnell ungeschorene, vor Anstrengung dampfende Pferde erzeugen, und in den sich vielleicht dieses Mal noch der Dampf der von dem Rittmeister mit dem Revolver zur Abstumpfung der Nerven der Remonten abgefeuerten Platzpatronen gemischt hat, vorausgesetzt natürlich, daß diese Platzpatronen noch mit altem rauchstarken,

nicht mit neuem rauchschwachen Pulver geladen waren. Und in wie kurzer Frist hatte bei einer derartig kümmerlichen Beleuchtung der Schuß abgegeben werden müssen! Nur Sekunden hatten zur Verfügung gestanden. Und wie ruhig und gleichmäßig hatte dabei das Herz schlagen müssen! Wurde das Ziel gefehlt, konnte der Rittmeister wahrscheinlich sagen, wer ihm nach dem Leben getrachtet hatte. Dann war es aber um den Thäter selber geschehen. Eine fast übermenschliche Willenskraft hatte zur Ueberwindung aller dem Schützen sich entgegenstellenden Schwierigkeiten gehört. War nun dem Unteroffizier Marten eine solche Schußleistung zuzutrauen?

Der Vertreter der Anklage ist der Ansicht, Marten habe im Affekt gehandelt. Der Entschluß, den Rittmeister zu töten, wäre in ihm erst nach dem Genuß vielen Branntweins und nach der Begegnung mit dem Dragoner Stumbrieß, desselben Mannes, den statt seiner der Erschossene das von ihm, Marten, schlecht gerittene Pferd hatte besteigen lassen, ganz plötzlich erwacht. Aber woher hätte er dann das zu dem Schuß unbedingt erforderliche kalte Blut, den eben so fest wie sanft an der Abzugsstange stehenden Zeigefinger, das nicht einen Augenblick zuckende, den dichten Dunst der Reitbahn scharf durchdringende Auge nehmen sollen? Alle diese Voraussetzungen wären indessen auch nicht erfüllt worden, wenn die That lange vorher geplant worden wäre. Es kann doch nicht bestritten werden, daß der Unteroffizier Marten stets für eine leicht erregbare Natur gegolten hat. Hätte nicht die unmittelbar vor der Ausführung des Plans genossene große Quantität Branntwein die ohnehin schon vorhandene innere Unruhe so sehr steigern müssen, daß er auf einen sicheren Schuß gar nicht rechnen konnte? Auch wenn mit Vorbedacht gehandelt worden wäre, hätte aller Voraussicht nach Marten des kalten Bluts, des festen Blicks, des sicher stehenden und abziehenden Zeigefingers ermangelt.

Allerdings ist Unteroffizier Marten ein guter Schütze. Aber weil er dieser ist, wird ihm bekannt gewesen sein, daß auf einen solchen Schuß, wie er ihm jetzt zugeschrieben worden ist, nur derjenige sich einlassen kann, welcher schon seit längerer Zeit sich im Schießen geübt hat. Zum letztenmal hat er jedoch im **Jahre 1898** scharf geschossen, und sich besonders für die Blutthat vorzubereiten, dürfte er keine Gelegenheit gehabt haben. Würde er hierdurch nicht unter allen Umständen den Verdacht auf sich gelenkt haben? Ganz davon zu schweigen, daß es doch nicht ganz leicht gewesen wäre, die nötigen Patronen zur Stelle zu bringen. Eine oder vielleicht auch zwei scharfe Patronen lassen sich wohl ohne weiteres beiseite schaffen, doch nicht so viele als er zum Einschießen gebraucht hatte. Als guter Schütze hätte Marten auch **nie und nimmermehr den Mantel angezogen,** bevor er sich an die grausige That begab. Der Vertreter der Anklage hat gemeint, er hätte ihm dazu dienen sollen, im gegebenen Augenblick die Mordwaffe zu verbergen. Wer aber einmal in dem langen, weiten preußischen Kavalleriemantel gesteckt hat, der weiß, wie schwerfällig er die Arme macht, der weiß auch, daß ein festes Einziehen des Karabiners in die Schulter kaum möglich ist. Sicherlich hätte **die Aussichtslosigkeit, in ihm einen erfolgreichen Schuß zu thun,** gründlich den Wunsch unterdrückt, vermittelst seiner die Waffe jederzeit lästigen, neugierigen Blicken zu entziehen.

Wir betonen, nur die Vermutung, daß der Unteroffizier Marten vielleicht doch nicht das Leben des Rittmeisters v. Krosigk auf dem Gewissen hat, wollen wir mit obigen Ausführungen unterstützen."

Der Zollwucher.

Die agrarische Schreikunst hat nicht ihres Gleichen und wird nur übertroffen durch stets gesteigerte Leistungen der Agrarier selbst. Die Angst, es könnte des Brotwuchers nicht genug geschehen, entfacht in Herrn Oertel eine wahrhaft wundersame Beredtsamkeit, in der alle Töne erklingen, vom majestätischen Trotzen bis zum winselnden Klagen.

„Die letzte Hoffnung" für die „Landwirtschaft" ist die Reform des Zolltarifs, so beginnt Herr Oertel in der „Deutschen Tageszeitung" seinen poetisch notleidenden Beschwörungsartikel; darum müsse diese Reform sich als „großes Mittel" erweisen. Die Kleinigkeit von Zollerhöhung, wie sie die Regierung vorschlägt, genügt ganz und gar nicht:

„Diese minimalen Erhöhungen machen den Eindruck von Brosamen, die man einem ungestüm Heischenden hinwirft, um ihn stille zu machen. Das ist ein bitteres Wort; aber es ist genügend Anlaß zur Bitterkeit vorhanden, wenn man hört, wie die wohlbegründeten Forderungen der deutschen Landwirtschaft von den beatis possidentibus mit Hohn und Spott oder mit verletzendem Hochmut behandelt werden. Die deutsche Landwirtschaft verlangt, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern in dem Gesamtinteresse des Vaterlandes, eine **ausreichende** und **dauernde** Sicherung ihrer Erzeugung. Was man ihr jetzt gütigst und gnädigst, vorläufig nur in der Theorie und auf dem Papiere, zugestehen will, das hat entweder gar keine oder bestenfalls die Wirkung, daß der Absterbeprozeß ein klein wenig verlangsamt wird, — aber nur ein klein wenig. . . .

Nun kommt man (d. i. die Regierung) immer und immer wieder mit dem lendenlahmen Gerede, es müsse doch eine „Mittellinie" gefunden werden, die Landwirtschaft müsse ihre noch so berechtigten Forderungen zurückstecken, sie sei nur ein Glied des Körpers, und alle andern hätten Anspruch auf gleiche Berücksichtigung. Dieses Eiapopeia sollte man nur politischen Kindern vorsingen; die Landwirtschaft ist aber den Kinderschuhen längst entwachsen. . ."

Und dann singt Herr Oertel von der Not auf dem Lande ein Jammerlied, daß es scheint, als hätte er nun die Volksschichten gefunden, die wirklich Not leiden und denen seine Zollpolitik nichts nützt, die sie nur schädigt:

„In vielen Teilen Deutschlands schreitet **die blasse Not** in hässlichem Gewande über das dürre Land. In vielen Höfen ist die gräßliche Sorge stete Hausgenossin geworden. Sie sitzt am Bette und scheucht den Schlaf, sie zählt am Herde neidisch die kargen Bissen zu. Für diese böse trübe Not ist kein Mensch verantwortlich. Wer ist denn aber dafür verantwortlich, daß die Landwirtschaft nicht mehr in sich die Kraft hatte, die Not zu überwinden und die bösen Jahre zu überdauern? Wie mancher da draußen im Osten, der traurig die kärgliche Ernte betrachtet und mit Bangen und Beben in die trübe, dunkle Zukunft schaut, wagt den herben Kampf um sein Hab und Gut nur noch einmal, weil er seine ganze und seine letzte Hoffnung auf eine Besserung der landwirtschaftlichen Lage im allgemeinen setzt! Was würden wohl die Folgen sein, wenn die Hoffnungen und Erwartungen dieser in der Not steckenden, mühsam ringenden Leute betrogen würden? Wir brauchen sie nicht auszumalen. Was dann geschehen würde, das pfeifen die Spatzen von den Bäumen. Man wirft uns vor, daß wir schrieen und immer wieder schrieen. Wem die Wasser der Not bis an die Kehle gehen, der muß laut um Hilfe rufen, damit er gehört werde. Und es ist immer noch besser, wenn wir unsre Stimme erheben, als wenn auf den verlassenen Aeckern die Steine schreien."

Wahrlich, der Poet der „Deutschen Tageszeitung" singt von der Not der — kleinen Bauern und der Tagelöhner, die in der Zuckerfron ein unendlich armseliges Dasein führen. Er kann nicht sprechen von den Gutsbesitzern, denen seit Jahrzehnten die Preise ihrer Produkte auf Volkskosten künstlich gesteigert wurden, denen seit Jahrzehnten der Staat kleine Mittel und große Mittel in bunter Menge zugewendet hat, damit sie das altübliche „standesgemäße" Leben fortführen können, das gefährdet ist durch zu hohen Kauf der Güter und durch irrationelle Wirtschaft.

Wohl, Herr Oertel, helfen wir den kleinen Bauern, helfen wir den Landarbeiter! Befreien wir sie von der Herrschaft des Junkers, von der übermächtigen Konkurrenz des Großgrundbesitzers! Verwerfen wir die Zollpolitik der Regierung, die nur den großen Kornverkäufern nützt, aber die Kleinen auf dem Lande der letzten Hoffnung beraubt!

* * *

Der Zolltarif im bayrischen Landtag.

Aus München wird uns geschrieben:

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, die socialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtags beabsichtige, „sofort nach dem Ende des nächsten Monats erfolgenden Wiederzusammentritt die bayrische Regierung bezüglich ihrer Mitarbeit bezw. Haltung zum neuen Zolltarif-Entwurf zu interpellieren".

Es ist jedoch festzustellen, daß ein Fraktionsbeschluß hierüber noch nicht vorliegen kann, weil die Fraktion erst Anfang September zu einer gemeinsamen Besprechung über ihre bevorstehende Landtagsthätigkeit zusammentritt. Im übrigen ist es wohl ganz selbstverständlich, daß unsre Vertreter im Landtag es nicht versäumen werden, die Regierung über ihre Stellung zum geplanten Brotwucher zu befragen. Recht interessant wäre es aber, wenn das liberale Münchener Blatt berichten könnte, wie sich die sogen. „Liberalen" der bayrischen Kammer bei einer solchen Auseinandersetzung verhalten werden. Die „liberale Partei" in München kündigte vor Monaten an, sie werde eine große öffentliche Volksversammlung gegen die Getreidezölle einberufen. Die wackeren Kämpen haben aber bis zur Stunde nicht den nötigen Mut gefunden, um die Ankündigung zur That werden zu lassen. Unter diesen Umständen erscheint es begreiflich, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob sich auch die liberale Kammerfraktion so feig benehmen wird, wie ihre hauptstädtischen Parteifreunde. —

Der Sühneprinz ist in Basel erkrankt, weshalb seine Weiterreise um zwei Tage verschoben worden ist. Die Berliner Empfangsfeierlichkeiten erleiden also einen programmwidrigen Aufschub. Uebrigens giebt es in Deutschland wohl nur wenige, die es bedauerten, wenn die Sühnemission des jugendlichen Prinzen überhaupt ganz ins Wasser fiele. Seinerzeit bildete allerdings die Entsendung einer Sühnegesandtschaft nach Berlin eine mit besonderem Nachdruck gestellte und als besonders wichtig behandelte Forderung. Nun sie ihre Ziele fast erreicht hat, erklärt man sie für eine ganz bedeutungslose, wo nicht überflüssige Ceremonie. So schreibt jetzt selbst die khaki-offiziöse „Köln. Ztg.":

„In den Friedensbedingungen ist die Entsendung der Sühnegesandtschaft ausdrücklich vorgesehen, sie ist keine freiwillige That Chinas, und man würde irren, wenn man glaubte, dem Sühnegesandten des himmlischen Reichs andre Gefühle entgegen bringen zu müssen, als diejenigen, die man für jemand hat, der gezwungen für einen andren pater peccavi sagt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß von dem guten Willen des Gesandten Prinzen Tschun, den man nicht in Zweifel ziehen soll, kaum etwas abhängt. Er hat die „Empörung", d. h. die unter dem Schutz der Regierung planmäßig die Ausrottung der Fremden betreibende Bewegung nicht zu hindern versucht und hätte sie auch nicht hindern können, obwohl er der Bruder des Kaisers von China ist. Ebensowenig wird er in Zukunft eine starke Stütze für die Fremden sein können, wenn sie seiner bedürfen sollten. So schmilzt, im Lichte der Thatsachen betrachtet, die Entsendung des Bruders des Kaisers von China auf eine Förmlichkeit zusammen, die praktische Folgen höchstens durch die Eindrücke erhalten kann, die sich dem Bruder des Kaisers und den zahlreichen Mitgliedern der Gesandtschaft bei ihrem Betreten europäischen und deutschen Bodens aufdrängen müssen. Der von sich und seiner Kultur überzeugte Chinese ist indessen gewöhnlich so starrsinnig, daß diese Eindrücke, deren Flut er nicht ordnen kann oder will, nicht kräftig genug sind, um eine Macht zu erzeugen, die erfolgreich in China mit dem Alten kämpfen könnte."

Hätten die deutschen Chinapolitiker sich dergleichen von vornherein gesagt, so hätten sie sich die peinliche Wahl gespart, jetzt den Sühneprinzen entweder als erlauchten Gast feiern oder durch eine ganz nutzlose Brüskierung einen harmlosen jungen Menschen, der keine Schuld und kein Verdienst aufweist, als der Bruder des chinesischen Schattenkaisers zu sein, kränken und sich dadurch selbst bloßstellen zu müssen. Was man auch beginnen mag, den Spott und Schaden wird die deutsche Regierung tragen, die im Khaki-Eifer Forderungen aufstellte, deren Erfüllung ihr jetzt selbst überaus unangenehm sein muß.

Die „Hamburger Nachrichten" üben an dem vorgesehenen Empfangsceremoniell überaus scharfe Kritik. Sie schreiben:

Wir halten das falsch angebrachte Ceremoniell für um so bedenklicher einem Asiaten gegenüber, der gewohnt ist, daß ihm der Fuß auf den Nacken gesetzt wird und der es als Zeichen von Schwäche und Mangel an Selbstbewußtsein auffaßt, wenn sein Besieger ihn nicht so behandelt, wie er es gewohnt ist. Die Chinesen werden und müssen es im ungünstigsten Sinne mißverstehen, wenn nach den drohenden Racheworten vom vorigen Jahre der Sühneprinz wie ein Souverän, und zwar wie ein befreundeter empfangen wird und noch dazu gerade von derjenigen Macht, gegen die sich die chinesischen Verbrechen gegen das Völkerrecht am schwersten gerichtet haben. Die Chinesen werden das nicht als Großmut, sondern als ganz etwas andres auffassen. In der That, uns ist die politische Weisheit des heutigen Kurses, wie sie sich in dem Empfang des Prinzen Tschun wieder einmal offenbart, gänzlich unverständlich. Das schlimmste aber ist, daß der Zug nach Reklame und äußerem Schein, der sich hier wieder äußert, charakteristisch für die ganze Art und Weise ist, wie überhaupt bei uns verfahren wird. Wir wollen die Gedanken, die sich hier ergeben, nicht weiter ausführen, aber einen verlockenden Ausblick auf die Zukunft eröffnen sie nicht."

Der Patriotismus der Brotwucherer. Das Organ der sich überschreienden Notleidenden, die „Deutsche Tageszeitung", führt über die Militärverwaltung bittere Klage. Der Landwirt sei während der Einquartierungszeit mehr oder minder der Sklave seiner Gäste. Es sei fraglich, ob die Manöver wirklich einen solchen Umfang und eine solche Ausdehnung annehmen müssen, wie sie in den letzten Jahren angenommen haben, ob ein solches Zusammenwerfen gewaltiger Massen nützlich und notwendig, geraten und geboten sei. Die Anschauungen der Sachkenner stimmen hierüber durchaus nicht überein. Wenn aber die alljährliche Einquartierungslast erforderlich sei, so müsse wenigstens dafür ein vollkommen entsprechender pekuniärer Ersatz den Landwirten geleistet werden. Der Landwirt müsse unbedingt fordern, daß die zu gewährende Vergütung die eignen Kosten decke. Es gehe aber ein Zug durch einige Instanzen der Militärverwaltung — gewisse mittlere und vor allen Dingen auch niedere — den man, ohne irgend jemand nahe zu treten, als eine Art von Selbstherrlichkeit bezeichnen darf. Die Herren meinen, daß lediglich das militärische Interesse bestimmend sei, und daß alle andren noch so berechtigten Interessen ihm untergeordnet werden müßten."

Man ersieht aus diesem Erguß eines patriotischen Agrarier-gemütes wieder einmal, daß die Begeisterung der Junker für den Militarismus genau auf dem Punkte aufhört, wo ihr Geldbeutel anfängt, in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Der Militarismus ist so lange eine herrliche Institution, als er dem junkerlichen Nachwuchs eine standesgemäße Carriere im vornehmsten Rock bietet, als er für die Strohdachflickenden den nicht knausernden Käufer von Remonten und andren Produkten darstellt; sobald es aber nur die geringsten Opfer zu bringen heißt, wird aus dem junkerlichen Schwärmer für das bunte Tuch der schonungsloseste Nörgler. Und das sind dieselben Leute, die noch kürzlich der Regierung neue Militärforderungen geradezu präsentierten, freilich um den Gannerpreis des unerhörten Brotwuchers! —

Weltpolitische Zukunftsträume. Wie sich im Kopfe unsrer Weltpolitiker Deutschlands weltpolitische Zukunftsaufgaben eigentlich ausnehmen, beweist eine Auslassung des früheren Generalgouverneurs von Deutsch-Ostafrika, v. Wißmann. Nach derselben ist der Erdball nur dazu da, damit sich ein paar imperialistische Staaten, darunter natürlich in erster Linie Deutschland, um denselben raufen können. Wißmann schreibt:

„Was haben denn die politischen Abmachungen zur Aufrechterhaltung Chinas anders zu bedeuten, als den Neid der Staaten, von denen keiner dem andern etwas gönnt? Daß China in hundert Jahren nicht mehr selbständig ist, sondern in irgendwelcher Weise von einer oder mehreren Nationen Europas abhängig ist, wird wohl kaum jemand bezweifeln, der die notwendigen Konsequenzen der Geschichte zieht. Daß eine Anzahl Staaten in Südamerika keine Aussicht haben auf Selbständigkeit, daß die Verteilung in Afrika nur eine vorläufige gewesen ist und sich diesbezüglich auf unsrem Erdball noch manches ändern wird, unterliegt doch keinem Zweifel."

Da haben wir ein schönes Zukunftsprogramm für Deutschland: China, Afrika und Südamerika werden innerhalb der nächsten 100 Jahre — v. Wißmann schwebt wohl eigentlich eine viel kürzere Zeitspanne vor — aufzuteilen sein, und daß Deutschland dabei seine fetten Happen abbekommen muß, versteht sich doch für einen Patrioten von selbst. In der That, diese Weltpolitik ist gar nicht uferlos, auf jedem Erdteil winkt ihren künftigen Waldersees zu den abenteuerlichsten Eroberungszügen ein weitgedehnter Strand. —

Auch demokratische Blätter beschäftigen sich eifrig mit dem Gerücht, daß die verstorbene Kaiserin Friedrich mit ihrem langjährigen Obersthofmarschall, dem Grafen Götz von Seckendorff, eine zweite Ehe eingegangen sei. Es wird als wünschenswert erklärt, daß eine offizielle Erklärung gegeben wird.

Uns ist dieser „demokratische" Wunsch unverständlich. Was gehen denn die durchaus persönlichen Angelegenheiten einer Frau die Oeffentlichkeit an? —

Antisemitische Maulhelden. Als Wilhelm II. gelegentlich des Todes der Königin Victoria in England weilte, und dort hohe Orden austeilte, gerieten die konservativen und antisemitischen Blätter bekanntlich aus dem Häuschen vor Ingrimm. Recht arg trieb es u. a. die Dresdener „Deutsche Wacht", die am 25. Februar d. J. folgendermaßen tobte:

„Daß Edward VII., wenn er an die Thüre des deutschen Volkes Einlaß begehrend klopft, ein donnerndes „Zurück" aus Millionen Stimmen entgegenschallen, daß die brennende Flamme heiliger Volksentrüstung ihn von der Schwelle des Heiligtums scheuchen wird — das weiß er vielleicht, und wenn er sich darüber täuschen sollte, so wird ihm bald genug darüber Gewißheit werden."

König Edward weilt jetzt in Deutschland. Er hat, wie die „Deutsche Wacht" in ihrer blumenreichen Sprache sagt, die Schwelle des deutschen Heiligtums überschritten. Er ist nicht nur nach Deutschland gekommen, um seine verstorbene Schwester zu Grabe zu geleiten, sondern nach diesem Trauerakt bleibt er wochenlang in einem deutschen Bade. Dabei hat ihm weder ein „donnerndes Zurück aus Millionen Stimmen" Halt geboten, noch hat ihn „die brennende Flamme heiliger Volksentrüstung" verscheucht. Wahrscheinlich war die brennende Flamme nur Strohfeuer. —

Das bedrohte Reserve-Offiziers-Ansehen.

Ueber den **Ausschluß der Oeffentlichkeit** bei einer Verhandlung vor dem Insterburger Kriegsgericht der zweiten Division berichtet die „Danziger Zeitung":

Am 2. Juli fand in Wehlau Pferdemarkt statt, zu welchem sich drei Offiziere des Feldartillerie-Regiments Prinz August auf Fahrrädern in Civilkleidern von Insterburg nach dort begaben. Die Herren trafen am 3. früh auf dem Wehlauer Bahnhof ein, woselbst sich auch der Sergeant Bönkost von ihrem Regiment einfand. Hier ist es zwischen einem Lieutenant und dem Sergeanten zu einem Auftritt gekommen, welche des letzteren spätere Verhaftung und die Einleitung des kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen ihn wegen Angriffs auf einen Vorgesetzten, Achtungsverletzung und Beleidigung zur Folge hatte. In der vorigen Woche wurde nun vor dem Kriegsgericht der zweiten Division in dieser Strafsache verhandelt und im Laufe der Beweisaufnahme unter anderm auch der Gutsbesitzer H. aus K. als Zeuge vernommen. Diesem legte der Verteidiger des Bönkost, Herr Rechtsanwalt Horn, die Frage vor, ob er am 2. Juli in Wehlau betrunken gewesen, ob er in einem Restaurant in Wehlau Unruhe gestiftet, ob er in der Nacht zum 3. Juli auf dem Bahnhof in Wehlau im Wartesaal 4. Klasse auf einer Bank geschlafen habe? Nach Vorlegung dieser Fragen beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Vertreters der Anklagebehörde, **die Oeffentlichkeit auszuschließen,** da Herr H. Reserve-Offizier ist und zu einer Uebung eingezogen werden kann, **weshalb sein Ansehen nicht in Gefahr geraten dürfe.** Nach Herrn H. wurden dann noch der am meisten beteiligte Zeuge Lieutenant R. und die Frau Gastwirt H. unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vernommen und sodann die Sache vertagt.

Ein Herr Reserve-Offizier wird also in seinem Ansehen geschädigt nicht dadurch, daß er sich ungehörig aufführt, sondern dadurch, daß die Ungehörigkeit bekannt wird! —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Fortschritt der östreichischen Valutaregulierung.

—st— **Wien,** 24. August. In Oestreich kommt Gold in den Verkehr. Der Generalrat der östreichisch-ungarischen Bank hat gestern beschlossen, Zwanzig-Kronen-Münzen in Gold in Verkehr zu setzen. Das Ganze ist vorläufig nur eine Spielerei, es werden die Barzahlungen weder obligatorisch, noch fakultativ aufgenommen. Die Bank zieht also weder die Banknoten ein, noch wechselt sie sie gegen Gold um, sondern sie mengt nur in ihre Zahlungen ein wenig Gold, damit sich die Bevölkerung an das goldene Geld gewöhne und sich des sichtbaren Fortschrittes der Valutaregulierung ergötze. Der Goldvorrat der Bank ist nicht gering — er beträgt etwa 980 Millionen Kronen — und die Bank will ihn nicht mehren. So wird das neu zuströmende Gold in Münzen dem Verkehr ausgeliefert.

Oestreich-Ungarn hat bekanntlich die Goldwährung — wenn auch das Gold noch immer nicht mehr ist als eine Kuriosität. Als nach dem tiefen Preisfalle des Silbers im Jahre 1879 die freie Silberprägung eingestellt worden ist, wurde dem östreichischen Papiergeld jede metallische Grundlage entzogen; seit damals hatte Oestreich eine reine Papierwährung und die Silbergulden, die einzige Münze des Verkehrs, waren in Wahrheit metallische Anweisungen. Mit den Valutagesetzen vom 2. August 1892 wurde der Uebergang zur Goldwährung vollzogen, und gleichzeitig an Stelle der östreichischen Währung die Kronenwährung gesetzt. Nur langsam konnten die 312 Millionen Staatsnoten, des vom Staate ausgegebenen Papiergeldes, aus dem Verkehre gezogen werden; erst jetzt wird der letzte Rest, die Staatsnoten zu fünf und zu fünfzig Gulden, umgewechselt. Die Einlösung erfolgt nämlich derart, daß die Regierungen der Bank die entsprechende Menge Gold übergeben und die Bank für die Staatsnoten metallisch fundierte Banknoten ausgiebt. In wenigen Monaten werden die letzten Staatsnoten eingelöst sein — einberufen sind sie bereits — und dann werden in Oestreich-Ungarn nur fundierte Banknoten in Umlauf sein. Die Aufnahme der Barzahlungen selbst ist aber an eine gesetzliche Verfügung geknüpft, sie kann nicht vor dem Jahre 1903 erfolgen, dem Endtermin der Einlösung des staatlichen Papiergeldes. Wenn also die Bank jetzt Gold in Verkehr setzt, so hat dies höchstens die Bedeutung, daß dadurch die Neigung des Verkehrs, das Gold aufzunehmen, erprobt wird. Ob Oestreich-Ungarn selbst die Kraft besitzen wird, das Gold im Lande festzuhalten, kann daraus nicht erfahren werden, weil sich ja die kleine Goldmenge in unzählige Seitenkanäle zersplittern wird, die natürlich ganz ungeeignet sind, dem freien Gold den Weg ins Ausland zu öffnen.

Als ein Kuriosum muß man es verzeichnen, daß die Verfügung, auf der sich die Einlösung der letzten Staatsnoten aufbaut, mit dem § 14 getroffen worden ist! Der oktroyierte Ausgleich ist zwar nicht genehmigt, aber die Regierung thut so, als ob er die Kraft eines Staatsgrundgesetzes hätte. Auch ein Beitrag zum konstitutionellen Sinn des Herrn v. Körber! —

Frankreich.

Perpignan, 26. August. Der Kriegsminister General André ist heute vormittag zur Enthüllung eines Denkmals für die 1870 gefallenen Soldaten eingetroffen Die Bevölkerung empfing den Kriegsminister mit den Zurufen: „Es lebe André“, „es lebe die Republik!“ — Ein hiesiges Blatt meldet, der Kommandant von Perpignan, Generalmajor de Taradel, habe, als er die Rufe: „Es lebe die Republik“, hörte, gegen dieselben Einspruch erhoben. Diejenigen, welche seinen Einspruch vernahmen, verdoppelten nunmehr ihre Rufe: „Es lebe die Republik“. Der Vorfall wird hier viel erörtert. —

Rußland.

Die russische Polizei als Censor. Die russische Censur hat noch einen Schritt weiter gethan. An die Redaktionen aller ohne Präventivcensur erscheinenden Zeitschriften wurde am 11./24. Mai folgendes Cirkular versandt:

„Den 11. Mai 1901. Laut den Verordnungen vom 8. Mai 1896 und 4. Januar 1897 ist der periodischen Presse verboten, Aufsätze über Unruhen in unsren Fabriken und Hüttenwerken und über die Beziehungen der Arbeiter zu ihren Arbeitgebern zum Abdruck zu bringen. Die Redaktionen der periodischen Zeitschriften haben diese Verordnungen, wie es scheint, in dem Sinne ausgelegt, als ob es verboten wäre, nicht bloß die Aufsätze über Arbeiterfragen, sondern auch jegliche Mitteilungen über Unruhen in den Fabriken 2c., ebenso über verschiedene Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zum Abdruck zu bringen. Der Herr Minister des Innern beabsichtigte nicht eine so weitgehende Auslegung der betreffenden Verordnungen. Seine Excellenz erachtet es nicht für notwendig, das Bekanntwerden von solchen Nachrichten gänzlich zu verbieten, hält es aber für angebracht, daß über die oben erwähnten Geschehnisse streng übereinstimmend mit der Wirklichkeit berichtet wird. Um das zu erreichen, sollen alle Berichte über die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung behufs Prüfung auf ihre Uebereinstimmung mit dem wirklichen Thatbestand vor dem Druck dem Polizeidepartement vorgelegt werden. Sie können abgedruckt werden nur mit Erlaubnis des letzteren. Alles Vorhererwähnte bringt auf Befehl des Ministers des Innern zur Kenntnisnahme der Herren Redacteure der periodischen Presse das Hauptamt für Preßangelegenheiten.“

Es ist also erreicht. Die liebe Polizei wird selbst alle Berichte über die Arbeiter- resp. sociale Frage prüfen und selbstverständlich nur das, was nach ihrem Maßstab nicht streng mit der Wirklichkeit übereinstimmt, unterdrücken. Die bloße Idee entzückt uns, sie ist groß und einfach, wie alle geniale Ideen zu sein pflegen. —

England.

Englands Undank. Die „Times“ veröffentlichen anläßlich des Zarenbesuchs in Deutschland einen langen Artikel eines Mitarbeiters, in dem an der Hand von Auszügen aus dem jüngsten Blaubuche über die Zwischenfälle von Tientsin zu beweisen versucht wird, daß das englisch-deutsche Abkommen hinsichtlich Chinas wertlos für England sei, und daß in keinem materiellen Streitfalle, der entstand, die britische Regierung von Waldersee oder der deutschen Regierung die freundliche Berücksichtigung empfangen habe, die sie nach ihrer loyalen Unterstützung Waldersees zu erwarten berechtigt gewesen sei. Die „Times“ bemerken dazu: Es genüge, die Aufmerksamkeit auf die Schlüsse zu lenken, die unser Mitarbeiter aus dem Rückblick auf die ganze Geschichte dieser Abmachungen zieht, nämlich, daß wir unter keinen Umständen, wo unsre Interessen mit denen Rußlands in Konflikt geraten, die mindeste wirkliche Unterstützung von dem ehrlichen Makler in Berlin erwarten können. Das ist die Folgerung, zu der der beobachtende Engländer längst gelangt sein dürfte. Unsre chinesischen Erfahrungen bestätigen dies nur.“

Es ist ja richtig, daß der deutsch-englische Vertrag insofern eine diplomatische Posse war, als Rußland sich nicht im mindesten genierte, die Mandschurei zu annektieren und Deutschland sich denn doch nicht zu der Tollheit anstacheln ließ, dieser Annektierung wegen mit Rußland Händel anzufangen. Sonst aber ist es der bekannte Undank Englands, Deutschland die Anerkennung dafür zu versagen, daß es sich viele Monate lang durch Englands Scharfmachereien zu einer überflüssigen und kostspieligen Kriegsspielerei verleiten ließ. —

Türkei.

Beilegung des Konflikts mit Frankreich. Das offiziöse Wiener Depeschenbureau meldet aus Konstantinopel: Infolge wiederholter Drohung des französischen Botschafters Constans, Konstantinopel zu verlassen, erließ der Sultan, welcher das bekannte Arrangement als dem Interesse des Landes zuwiderlaufend betrachtete, einen Irade, welcher die Quai-Gesellschaft in Besitz ihrer Rechte gemäß dem Konzessionsferman setzt. Diese Lösung erscheint für die französische Regierung zufriedenstellender. Uebrigens verfolgten die ersten Schritte Constans nach Abbruch der zwei Jahre hindurch in betreff der Ablösung zwischen der Pforte und der Gesellschaft gepflogenen Verhandlungen denselben Zweck. Indessen bleibt es zwischen der Pforte und der Gesellschaft vereinbart, daß die Pforte noch im Laufe eines weiteren Jahres die Quais ablösen kann, was für den Augenblick die Klausel des Pachtvertrags aufhebt, welche der Pforte das Recht der Ablösung nach 40 Jahren einräumt. Gemäß dem Irade verpflichtet sich die Pforte, die der Gesellschaft geschuldeten 700 000 Fr. als Entschädigung für den Verlust ihrer Rechte während der zweijährigen resultatlosen Verhandlungen betreffs Ablösung der Quais zu bezahlen.

Der Boeren-Krieg.

Gegenproklamationen der Boeren.

Lord Kitchener telegraphiert aus Pretoria: Delarey veröffentlichte eine Gegenproklamation, in welcher er alle Boeren vor meiner letzten Proklamation warnt und erklärt, daß sie den Kampf fortsetzen werden.

Auch die übrigen leitenden Boerenführer haben Kitchener die briefliche Nachricht zugehen lassen, daß sie nicht daran denken, den Widerstand aufzugeben. Kitchener meldet darüber:

London, 26. August. Ich erhielt einen langen Brief von Steijn, in welchem er die Angelegenheit der Boeren ausführlich darlegt und erklärt, daß er weiter kämpfen werde. Ich erhielt ferner ein kurzes Schreiben von De Wet, der sich in demselben Sinne ausspricht, und von Botha, der gegen die von mir erlassene Proklamation Einspruch erhebt und ebenfalls seine Absicht kundgiebt, den Kampf fortsetzen zu wollen. Andrerseits hat sich jedoch in letzter Zeit die Zahl der Boeren, die sich ergeben, beträchtlich vermehrt.

Mit dieser letzten Behauptung Kitcheners steht folgende Londoner Meldung im schroffsten Widerspruch: Aus Kapstadt wird berichtet: Telegramme aus verschiedenen Teilen der Kolonie berichten über eine bedeutende Zunahme der Boerenkommandos. In den verschiedenen Distrikten schließen sich zahlreiche Afrikander den Boeren an.

Daß diese Lesart die richtigere ist, beweist eine Reihe von Nachrichten, die für die Engländer sehr ungünstig lauten.

Das Vordringen der Boeren

in die Kapkolonie beweisen folgende Telegramme:

London, 26. August. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Winburg gemeldet: Dem Vernehmen nach befinden sich Steijn und De Wet ganz nahe dem östlichen Ufer des Fishriver (Kapkolonie). Die Boeren im Centrum haben sich in noch kleinere Trupps, als sie bisher bildeten, geteilt und streifen mehr denn je bei Nacht umher, es ist daher schwieriger geworden, sie zu stellen; die Beschaffung von Lebensmitteln und Futter ist weniger schwierig wegen ihrer geringen Anzahl. Die Boeren erhalten fortgesetzt heimlich Pferde-Ersatz. Zwei große Kommandos, im ganzen 700 Mann, wurden bei einem Versuche, den Oranjeriver zu überschreiten, um in die Kapkolonie einzudringen, zurückgeschlagen. —

Nach amtlicher Meldung betrugen die Verluste am 20. d. M. bei einem Kampfe in der Nähe von Uniondale, 30 Meilen von der Südküste der Kapkolonie entfernt, 4 Husaren tot, 11 verwundet, 4 vermißt.

Wie in unsrer letzten Nummer bereits gemeldet wurde, dringt eine Streitmacht Schapers in die Kapkolonie nach Süden vor und bedroht Oudtshoorn. Da Oudtshoorn nur ca. 80 Kilometer östlich von Uniondale entfernt ist, war es vermutlich Schapers Kolonne, die den Engländern die Schlappe bei Uniondale beigebracht hat. Daß sich die Boeren bis fast unmittelbar an die Südküste der Kapkolonie vorwagen, beweist, daß der Aufstand in derselben nicht im Abnehmen, sondern in der Zunahme begriffen sein muß.

Eine englische Schlappe im östlichen Orangefreistaat.

London, 26. August. Ein weiteres Telegramm Kitcheners aus Pretoria vom 25. d. M. meldet, drei Offiziere und 65 Mann, welche von Ladybrand her auf der Rechten von Elliots Mannschaften marschierten, ergaben sich auf ungünstigem Terrain am Morgen des 22. d. M. und wurden von einer überlegenen Streitmacht des Feindes gefangen genommen. Ein Mann wurde getötet und vier verwundet, die Gefangenen wurden alsdann wieder freigelassen. Kitchener hat eine Untersuchung eingeleitet.

Partei-Nachrichten.

12. Parteitag der Pfälzischen Socialdemokratie.

Neustadt a. d. H., 25. August 1901.

Zum zwölften Mal seit Bestehen der Parteiorganisation in der Pfalz traten die Genossen zu einem Parteitag zusammen. 49 Orte hatten hierzu 72 Vertreter gesandt. Die Entwicklung der Parteiverhältnisse hat es veranlaßt, daß diesmal zum erstenmal der Sonnabend-Abend mit benutzt wurde, der denn auch einen wesentlichen Teil der Parteiverhandlungen, die Presse, seiner Erledigung entgegenführte. Den Bericht über diesen Punkt gab der Geschäftsführer Wenzel-Ludwigshafen. Das Augenmerk der Geschäftsführung ist darauf gerichtet, die Selbständigmachung der „Pfälzischen Post“ herbeizuführen. Allein diesem Bestreben konnte auch dieses Jahr noch keine Folge gegeben werden, obwohl sich die Abonnentenzahl unsrer Parteipresse wiederum in erfreulicher Weise vermehrt hat.

Vor Eintritt in die Sonntags-Verhandlungen machten die Parteigenossen einen kleinen Morgenspaziergang in das nahe romantische Hambach mit seinem historischen „Hambacher Schloß“.

Bei Eröffnung der Versammlung gab der Leiter des Parteitags, Reichs- und Landtagsabgeordneter Ehrhart-Ludwigshafen, einen interessanten Rückblick auf jene Zeit, als der erste badisch-pfälzische Arbeitertag vor 25 Jahren gleichfalls in Neustadt tagte. Klein war damals die Schaar und einer Kommission von nur wenigen Personen mit dem Sitz in Mannheim war die Aufgabe zugedacht, die so notwendige Agitation und besonders die beabsichtigte Gründung eines die Volksinteressen verfolgenden Blattes — was allerdings erst 1890 eintrat — in die Hand zu nehmen. Der gegenwärtige Parteitag ist ein Beweis des großen Fortschritts während dieser Zeit.

Der Bericht des Gauvorstandes weist einen Kassenbericht auf, der mit 3186,37 M. in Einnahme und Ausgabe abschließt.

Nach einem Referat des Genossen Ehrhart über den Zollwucher behandelte man die Reform des bayrischen Landtags-Wahlrechts. Das Thema wurde vom Landtags-Abgeordneten Keidel-Pirmasens erörtert. Die angenommene Resolution verlangt u. a. das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und verurteilt die im bayrischen Landtag zum Ausdruck gebrachte Absicht, die ländliche Bevölkerung der städtischen gegenüber zu bevorzugen, und wendet sich gegen die beabsichtigte Hinaufschraubung des Steuercensus.

In Sachen des Schiedsspruchs in betreff der Hamburger Accordmaurer wurde nach kurzer Diskussion ein bestimmter Beschluß nicht gefaßt, die Stellungnahme vielmehr dem zum deutschen Parteitag nach Lübeck zu entsendenden Delegierten überlassen. Als solcher wurde für die Pfalz Genosse Weikerts gewählt.

Die Delegierten des Wahlkreises Bochum hielten am Sonntag eine Konferenz ab. Nach dem Kassenbericht des Kreisvertrauensmanns M. König betrugen die Einnahmen vom 15. Sept. 1900 bis 15. August 1901 3291,88 M., die Ausgaben 1268,45 M., darunter 500 M., die an den Parteivorstand abgeliefert werden konnten. Dem Preßfonds gehören nach früher gefaßten Beschlüssen 1873,01 M. an, so daß ein Betriebsfonds für die Kreiskasse von 155,42 M. verbleibt. Insgesamt sind für Parteizwecke im Wahlkreis während des letzten Jahres gegen 5000 M. aufgebracht worden; ein überaus günstiges Resultat gegen die Vorjahre. Als Delegierter zum Parteitag wurde M. König, als Stellvertreter Schädlich gewählt; letzterer wurde auch als Kreisvertrauensmann bestimmt.

Eine Kreiskonferenz für den Wahlkreis Calau-Luckau tagte am Sonntag bei gutem Besuch in Finsterwalde. Einen breiten Rahmen der Verhandlungen nahm die Erörterung über die Brandenburger Provinzialkonferenz in Anspruch. Redacteur Wittrisch-Forst bemängelte die alljährliche Abhaltung derselben, hält die umschichtige Abhaltung von Provinzial- und Bezirkskonferenzen für praktischer und verlangt die Hinzuziehung von Genossen aus der Provinz in die Agitationskommission. Gegen die Ausführungen Wittrischs wendet sich Schubert-Schöneberg ganz energisch, indem er an der Hand zahlreichen Materials und praktischer Erfahrungen die Notwendigkeit der alljährlichen Zusammenkunft darlegt. Seien auch vielleicht einige Einrichtungen reformbedürftig, so dürfe man doch das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und eine für die ländlichen Wahlkreise bisher segensreiche Institution dadurch gefährden, daß man recht problematische Experimente vornehmen will. Daraufhin wurden wiederum drei Genossen zur Provinzialkonferenz delegiert. Mit der Vertretung des Kreises auf dem Parteitag wurde der Kandidat des Kreises, Genosse Schubert, betraut.

Katayama, der Führer der japanischen Socialisten, von dem wir kürzlich mitteilten, daß er wegen Veröffentlichung des socialdemokratischen Programms angeklagt worden sei, ist, wie die „Labour World“ berichtet, von dem Gericht freigesprochen worden. Das Gericht entschied, das Manifest und das Programm enthalte nur sociale und politische Doktrinen und verstoße weder gegen die Gesetze des Landes, noch gegen die öffentliche Ordnung. Die Regierung des Marquis Ito — des japanischen Bismarck — ist sehr überrascht über die Unabhängigkeit der Richter. Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Ist eine Boykotterklärung grober Unfug? Eine interessante Entscheidung fällte das Schöffengericht in Hannover. Dort hat die socialdemokratische Partei eine Anzahl Gastwirte, und vor allem Saalinhaber, in Verruf erklärt. Am 5. Mai d. J. wurde in einer socialdemokratischen Versammlung eine Lokalkommission zur Durchführung des Boykotts gewählt, die durch Bekanntgabe einer Resolution Verbreitung von Flugschriften und Veröffentlichung von Artikeln im hannoverschen Partei-Organ „Der Volkswille“ die Parteigenossen zu bestimmen suchte, die Lokale mehrerer namentlich aufgeführter Wirte zu meiden, weil diese ihre Säle zur Abhaltung socialdemokratischer Versammlungen verweigert hatten. In der Handlungsweise dieser Kommission erblickte die Behörde einen groben Unfug und stellte die Mitglieder der Kommission unter Anklage. Der Amtsanwalt begründete die Anklage wegen groben Unfugs damit, daß durch die Maßnahmen der Kommission das Publikum beunruhigt werde. Das Gericht kam jedoch zu einer entgegengesetzten Auffassung. Die Fassung des groben Unfugsparagraphen lasse allerdings verschiedene Auffassungen zu. Doch sei im vorliegenden Falle auch nach der Meinung der höchsten Gerichte der Thatbestand des groben Unfugs nicht gegeben. Grober Unfug setzte eine Verletzung der öffentlichen Ordnung und Beunruhigung des Publikums voraus. Das Wort „Publikum“ bezeichne aber schlechthin eine große Anzahl von Personen. Davon könne aber bei Nennung einer bestimmten Anzahl Wirte nicht die Rede sein, sodaß in dem Verhalten der Angeklagten eine Beunruhigung des Publikums und damit ein grober Unfug nicht gefunden werden könne. Die Angeklagten wurden sämtlich freigesprochen.

— Die Bekanntgabe der Liste boykottierter Lokale im „Harburger Volksblatt“ zeitigte gegen den Redacteur Kasch eine Anklage wegen groben Unfug. Während das Schöffengericht ein freisprechendes Urteil fällte, kam die Strafkammer in Stade als Berufungsinstanz zu einer Verurteilung. Es wurde gegen Kasch auf 50 M. Geldstrafe oder 10 Tage Haft erkannt.

Sechster internationaler Kongreß der Glasarbeiter.

Hannover, 25. Juli 1901.

th. Mitten in dem schweren Kampfe, den die deutsche Glasarbeiterschaft gegen das Unternehmertum zu führen gezwungen ist, trat hier heute der sechste internationale Kongreß der Glasarbeiter im festlich geschmückten Ballhoffaale zusammen.

Kurz nach 11½ Uhr, nachdem die Liedertafel der Glasarbeiter in Hainholz zwei Arbeiterlieder vorgetragen hatte, eröffnete der Vertrauensmann der deutschen Glasarbeiter-Organisation, Reichstags-Abg. Horn, den Kongreß; er begrüßt die Delegierten und bedauert, daß der alte Kampfgenosse Greenwood (England) durch Krankheit verhindert sei, an den Arbeiten des Kongresses teilzunehmen. Er bedauere ferner, daß die Kollegen aus Amerika der an sie ergangenen Einladung nicht gefolgt seien, ja nicht einmal geantwortet hätten. Auch die Nichtbeschickung des Kongresses seitens der belgischen Glasarbeiter, die im letzten Jahre einen ebenso schweren Kampf durchzuführen gehabt hatten als die deutschen Arbeiter gegenwärtig, sowie der italienischen Glasarbeiter, die ebenfalls um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerungen, und der Kollegen in Frankreich und der Schweiz, welch letzteren es angeblich an den nötigen Geldmitteln mangele, sei tief bedauerlich. Alles dies könne und dürfe aber den Kongreß nicht abhalten, alles das zu thun, was auch für die Interessen der Glasarbeiter des Auslandes von Nutzen und Vorteil sein könne. Der Kongreß werde durch seine Beschlüsse jenen Kollegen zeigen, wie notwendig es sei, sich mit allen Glasarbeitern der gesamten Kulturwelt zu verbinden und daß ein solches Bündnis nur von Vorteil sein könne für die Arbeiterschaft der gesamten Welt.

In das Bureau wurden gewählt: Seitz-Wirges, 1. Vorsitzender; R. Hunter-England und Dirschel-Fürth, Stellvertreter; Preußler-Wien, Ebert-Osterwald und Rosler-Nürnberg, Schriftführer.

Hierauf ergreift Hunter-England das Wort, um namens der englischen Delegierten seinen Dank auszusprechen für den ihnen zu teil gewordenen herzlichen Empfang. Seit dem Jahre 1898 sei die Organisation der Glasarbeiter in einem Maße fortgeschritten, daß selbst die englischen Arbeiter über die zu verzeichnenden Fortschritte erstaunt seien.

Preußler-Wien spricht den kämpfenden deutschen Glasarbeitern die Sympathie der östreichischen Kollegen aus und würdigt im Verlauf seiner Ausführungen die bedeutenden Schwierigkeiten, die der Organisation der deutschen Glasarbeiter in den Weg gelegt werden, Schwierigkeiten, wie sie die östreichischen Kollegen nicht kennen, wenigstens nicht in dem Maße. Trotz der jetzt wütenden Krise hoffe er, daß die deutschen Glasarbeiter nicht nur in dem aufgedrungenen Kampfe ausharren, sondern auch siegen würden. Was die östreichischen Kollegen dazu beitragen könnten, würden sie thun.

Abrahamsen-Dänemark und Völkel-London schließen sich den Aeußerungen der beiden oben genannten ausländischen Delegierten an.

Nachdem die Geschäftsordnungs- und die Mandatsprüfungs-Kommission gewählt worden war, wird die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Bericht des internationalen Union-Sekretärs und des nationalen Sekretärs.
2. Bericht der Delegierten.
3. Die Differenzen in der Glasindustrie auf dem Kontinent.
4. Die Notwendigkeit der Organisation der Glasarbeiter.
5. Die Arbeitszeit.
6. Die Lohnfrage.
7. Die Lehrlingsfrage.
8. Die Wanderung der Glasarbeiter. Nationaler und internationaler Arbeitsnachweis.
9. Bestreitung der Kosten der internationalen Bewegung.
10. Verschiedenes.
11. Wahl des Sitzes des internationalen Councils.
12. Der nächste Kongreß.

Nach einer Pause wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung angenommen. Dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission zufolge sind insgesamt 38 Delegierte anwesend. Die sieben englischen Delegierten vertreten die sämtlichen Glasflaschenbezirke des vereinigten Königreichs. Oestreich-Ungarn und Dänemark ist durch je einen Delegierten vertreten. Die Schweiz vertritt der Kollege Girbig. 28 deutsche Delegierte vertreten folgende Orte: Osterwald, Schildhorst, Bergedorf, Nienburg, Weißwasser, Obernkirchen, Rinteln, Jena, Hainholz, Dresden, Berlin, Stralau, Wirges, Kreuznach, Friedrichsthal, Gerresheim, Westerberg, Minden, Stadthagen, Porta, Rauscha, Hildesheim, Brackwede, Kohlfurt, Fürth und Oldenburg. Außerdem sind zwei Vertreter des Glasarbeiterverbandes anwesend.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Generalstreik der Bauanschläger ist aufgehoben, die Arbeit wird da, wo die Forderungen anerkannt werden, aufgenommen, dagegen wird der partielle Streik fortgesetzt bei allen Arbeitgebern, welche die Forderungen der Anschläger auch ferner zurückweisen. Näheres ist aus dem Versammlungsbericht in dieser Nummer zu ersehen.

Nach einer Mitteilung, die uns am Montagabend zuging, haben bis dahin 40 Arbeitgeber den Tarif bewilligt.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen in der Filzschuhfabrik von Werner sind dadurch erledigt, daß die neunstündige Arbeitszeit seit dem 23. d. M. eingeführt ist.

Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Für alle Zeit geächtet. Ein Werkzeugschlosser teilt der hiesigen „Volks-Zeitung“ mit, daß er bei der Firma „Industria“ (G. m. b. H) gearbeitet und sich an einem im Mai d. J. daselbst ausgebrochenen Streik beteiligt habe, der seine Ursache in Lohnabzügen hatte, welche die Firma vornehmen wollte. Die Polizei habe damals der Firma auf ihr Ersuchen Schutzleute gesandt, welche die Streikposten vom Fabrikthor fernhielten und auch mehrere Arbeiter, welche die Arbeitsuchenden auf den Streik aufmerksam machten, arretierten. Die Beamten hätten damals eifrig dafür gesorgt, daß kein Arbeiter an freiwilliger Arbeit gehindert werden konnte. — Jetzt ist nun der Werkzeugschlosser, der beim Streik auch gelegentlich des Postenstehens arretiert wurde, ebenfalls an freiwilliger Arbeit gehindert worden, aber nicht nur für eine gewisse Zeit, sondern für immer, ohne daß es ihm möglich ist, gegen diesen Terrorismus im wahren Sinne des Wortes die Polizei, welche sich so eifrig gegen die Behinderung der Streikbrecher ins Zeug legte und damit den Interessen des Unternehmers diente,

zu seinem Schutze zu reklamieren. Der Betreffende hat nämlich wissend, daß er als ehemals Streikender vom Arbeitsnachweis der Metallwaren-Fabrikanten für einige Monate keine Arbeit erhalten würde, sich erst jetzt wieder an den genannten Arbeitsnachweis gewandt und daselbst die Antwort erhalten, daß er niemals wieder einen Arbeitsschein erhalten werde, also für immer ausgesperrt ist.

Vorstehendes Erlebnis eines Arbeiters ist wieder ein Beweis dafür, daß es im heutigen Klassenstaat wohl den Unternehmern gestattet ist, mißliebige Arbeiter für alle Zeit an der Arbeit zu hindern und ihnen die Möglichkeit der Existenz zu rauben, daß aber die Polizei sogleich in Aktion tritt, wenn auf der Seite der Arbeiter auch nur die entfernte Möglichkeit vorzuliegen scheint, als könnten sie jemand, der willens ist, eine Streikbrecherthätigkeit auszuüben, an dieser freiwilligen Arbeit hindern.

Ausland.

Lohnbewegung östreichischer Grubenarbeiter. Nach Meldungen aus Anina ist dort unter den Grubenarbeitern der östreichisch-ungrischen Staatsbahn-Gesellschaft neuerdings eine Streikbewegung im Gange. Die Arbeiter verlangen die Einhaltung der Sonntagsruhe und achtstündige Arbeitszeit und drohen, falls die Direktion diese Forderungen nicht bewilligt, in den Streik zu treten.

360 Arbeiter der großen Papierfabrik Bohron sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnaufbesserung.

Theater.

Das Metropol-Theater hat die Wintersaison mit einer neuen Ausstattungsposse eröffnet. Das Wort „neu" natürlich cum grano salis genommen. Neu sind in dem gewohnheitsmäßig von Herrn Julius Freund hergestellten Stück die Garderoben und Dekorationen, nach modernen Begriffen allerdings die Hauptsache in Betracht kommenden Artikel; von kernhaftem Alter hingegen ist das Nebensächliche, das man ungeachtet aller materiellwirksamen Trikots und Seidenflitter immer noch den Stoff nennt. Was den Stoff betrifft, so könnte sich, wie auf linguistischem und ethnographischem Gebiet, auch hier eine eigne archäologische Wissenschaft bilden, die den ursprünglichen Daseinsformen nachzuspüren hätte. So weit unsre Erinnerung reicht, tauchte die Idee des „Schön war's doch" benannten Stücks zuerst Anno zweiundsiebzig auf, zur flotten Gründerzeit. Damals hatte Jules Verne seine „Reise um die Welt in achtzig Tagen" geschrieben und in drolliger Anlehnung hieran verfaßte der blinde Possendichter Salingré die „Reise durch Berlin in achtzig Stunden", in der bis auf den Mostrichtopf hinab, mit dem Thomas seine Gegner „besenftigt", sich schon ganz dieselben Witze zeigen, die Sonnabendabend durch ihre Originalität das Publikum geblendet haben.

Damals war der Geschmack noch so wenig entwickelt, daß man selbst bei einer Posse mehr auf den Inhalt eines Stückes gab, als auf die Zahl und Qualität der darin aufmarschierenden Waden, und so trat denn das dekorative Element verhältnismäßig zurück. Es war schon etwas Großes, wenn der Zoologische Garten auf die Bühne kam und ein von vier künstlerisch veranlagten Männern dargestellter Elefant den biederen Provinzler beim Schopf nahm. Das Hauptabenteuer aber erlebte dieser Held des Stückes damals im American-Theater, wo er als Athlet Gewichte von Pappe stemmte und dabei von seiner holden Gattin erkannt wurde.

Das ewig-dankbare Thema ist seitdem in gemessenen Zwischenräumen immer wieder von neuem benutzt worden und Herr Freund selbst sagt in sinniger Bescheidenheit, daß er ein älteres von seinen Werken zu dem Stück als Unterlage genommen habe. Die Entwicklung des Raffinements tritt an den am Sonnabend dargestellten Bildern hervor. Kaiserkeller, Karlshorst mit leibhaftigen Rennpferden, ein Fest im Grunewald, bei welchem Emil Thomas zu Pferde erscheint, und Kinder einen Korso mit allen möglichen Transportmitteln aufführen, und dann am Schluß die Secessionsausstellung mit einem so massenhaften Aufmarsch von Ballett und Licht, daß überhaupt die Scene ganz verschwindet. Alte und neuengagierte Größen allerersten Ranges spielen die Hauptrollen; außer dem schon genannten Thomas ist der Operettensänger Josephi engagiert, sowie als Künstlerin von vielversprechendem Talent die deutsch-parlierende Französin Elise de Veré. Vom alten Stamm wirken Bender, Kaiser, Frid Frid und Georgette mit. Und als ob das alles noch nicht genügte, hat die Direktion in der australischen Tänzerin Frau Saharet sogar ein Stück wirklicher Poesie auf ihre Bühne gelockt, ein seltsames Wesen, das die Maienpracht der Dichtung um sich streut und über alle Banalitäten, die das Gemüt bis dahin quälten, lindernden Balsam ausgießt.

Gerichts-Zeitung.

Der Prozeß in Sachen der „goldenen Hand"

wurde gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz verhandelt. Wie erinnerlich sein wird, hatte Dr. Paul Liman, der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten", gegen den früheren Chefredacteur der „Kölnischen Zeitung", Dr. August Schmitz, und den Redacteur v. Look die Privat-Beleidigungsklage angestrengt, während die Beklagten die Widerklage erhoben hatten. Dr. Liman hatte unter der Ueberschrift „Die goldene Hand" einen Artikel veröffentlicht und darin die Behauptung aufgestellt: In einem geheimen Geschäftsbericht der englisch-südafrikanischen „De Beers-Company" für das zweite Halbjahr 1899 befinde sich ein Posten mit dem Titel „Specialfonds für Agitationszwecke". Dieser weise an Ausgaben nach: nach Köln 1 200 000 M., nach Berlin 7 Millionen Mark. Die „Köln. Ztg." erblickte hierin die Insinuation, daß sie selbst für die Interessen der „De Beers-Company" durch Gelder, die aus geheimen Fonds flossen, gewonnen worden sei, es entspann sich daraus eine Preßfehde, in deren Verlauf die „Kölnische Zeitung" den Behauptungen des Dr. Liman in Ausdrücken entgegentrat, welche die Grundlage der Privatklage bilden. Die am 21. Juni vor dem Schöffengericht stattgefundene Verhandlung endete mit der Freisprechung des Dr. Liman und mit der Verurteilung des Dr. Schmitz zu 100 M., des Dr. v. Look zu 200 M. Das Schöffengericht hielt die beiden inkriminierten Artikel der „Kölnischen Zeitung" für beleidigend, auf der andren Seite aber bezüglich des Dr. Liman weder objektiv das Vorhandensein noch subjektiv die Absicht einer Beleidigung für nachgewiesen. Nach Ansicht des Gerichtshofs sei in keiner Weise dargethan, daß die „Kölnische Zeitung" Bestechungsgelder erhalten und infolge derselben eine boerenfeindliche Stimmung inszeniert habe, andrerseits zwinge die Fassung des Artikels der „Leipziger Neuest. Nachr." nicht dazu, daß der „Kölnischen Zeitung" ein solcher Vorwurf gemacht werden sollte. — Gegen das schöffengerichtliche Urteil hatten die Angeklagten und Widerkläger die Berufung eingelegt. Den Vorsitz in der gestrigen Verhandlung führte Landgerichtsrat Pleßner, der Privatkläger wurde vom Rechtsanwalt Jansen, die Beklagten, von denen nur Herr v. Look anwesend war, wurden vom Justizrat Wagner vertreten. Von dem letzteren waren als Zeugen der Reichstags-Abgeordnete Prof. Ernst Hasse, Generalkonsul Landau, Redacteur Aug. Stein, der Chefredacteur der „Kreuz-Ztg." Prof. Kropatscheck, der Chefredacteur der „Voss. Ztg." Bachmann, und der Abg. Eugen Richter geladen worden. Die drei zuletzt Genannten hatten Behinderungsschreiben eingeschickt, die drei Erstgenannten waren erschienen.

Vor Eintritt in die Verhandlung erhob Justizrat Wagner den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit der Berliner Gerichte und hielt es auch für unzulässig, daß die ursprünglich gegen den Dr. Schmitz und den Verleger Dumont-Schauburg (einen solchen giebt es als Person nicht) gerichtete Klage nachträglich auf Dr. v. Look ausgedehnt werden könne. Der Gerichtshof beschloß nach längerer Beratung, zunächst in die Verhandlung einzutreten.

Nach langer Verhandlung, in der neue Momente von Belang nicht zu Tage gefördert wurden, entschied der Gerichtshof dahin:

Der Einwand der Unzuständigkeit des Gerichts sei unzutreffend. Die nachträgliche Ausdehnung der Privatklage auf Dr. v. Look sei dagegen unstatthaft und das Verfahren gegen diesen einzustellen. Dr. Aug. Schmitz sei der Beleidigung schuldig, da der § 193 St.-G.-B. überschritten sei, und die auf 100 M. festgesetzte Strafe sei angemessen. Bezüglich der Widerklage sei der Gerichtshof mit dem ersten Richter der Meinung, daß nicht nachgewiesen sei, daß sich der Artikel „Die goldene Hand" auf die „Kölnische Zeitung" beziehe. Die Berufung sei deshalb verworfen, die Kosten bezüglich des Angeklagten Dr. Look seien dem Privatkläger, die übrigen Kosten dem Dr. Schmitz auferlegt worden.

Einer der vielen Prozesse, die durch den Milchkrieg entstanden sind, sollte gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts II zum Austrag gebracht werden. Es handelte sich um eine Privatbeleidigungsklage, die der dänische Ingenieur Frederik Cassé zu Kopenhagen und dessen Generalvertreter für Berlin, Kaufmann Helm, gegen den Molkerei-Direktor Neumann zu Stargard i. P. angestrengt hatten. Bekanntlich hat sich unter Leitung des Abgeordneten Ring-Döppel ein Ring gebildet, der das Monopol der Milchlieferung für Berlin und die Vororte anstrebt. Die Gegner sind nun bemüht, unter Umgehung der märkischen Milchproduzenten von weiteren Entfernungen her Milch zu beschaffen. Es geschieht dies durch Anwendung eines vom Ingenieur Cassé erfundenen und patentierten Verfahrens, welches im wesentlichen darin besteht, daß in schneller Weise zum Gefrieren gebrachte Milch als sogenanntes „Milcheis" der zu versendenden frischen Milch zugesetzt wird. Die Haltbarkeit der Milch soll dadurch dermaßen erhöht werden, daß das Verfahren auch auf den nach Amerika segelnden Schnelldampfern zur Anwendung gelangt. Der Beklagte hat im verflossenen Jahre eine Anzahl Cirkulare an verschiedene Genossenschaften Deutschlands geschickt und darin das Verhalten der Kläger in einer Weise kritisiert, welche den letzteren Handhabe zur Privatbeleidigungsklage bot. Es wird in dem Rundschreiben behauptet, daß Cassé sich durch ein unreelles Vorgehen das Patent erschlichen habe, sein Verfahren könne keinen Anspruch auf Neuheit machen, es sei schon seit vielen Jahren in Deutschland angewendet worden und ebenfalls von dem Beklagten. Ebenso wurde die Thätigkeit des Generalvertreters Helm einer höchst abfälligen Kritik unterzogen. Im Termin wurden die Kläger durch Rechtsanwalt Dr. Flatau vertreten, wärend dem Angeklagten Rechtsanwalt Magnus als Verteidiger zur Seite stand. Es zeigte sich bald, daß an einen Abschluß des Prozesses in dieser Verhandlung nicht zu denken war, da von beiden Seiten viele neue Beweisanträge gestellt wurden. Der Wert der Casseschen Erfindung soll trotz der bereits erfolgten Patentierung eingehend geprüft werden. Rechtsanwalt Dr. Flatau berief sich auf den Gerichtschemiker Dr. Bischoff und noch andre Gutachter, welche auf einem für den Kläger günstigen Boden stehen, wogegen der Beklagte die Ladung andrer Sachverständiger beantragte, welche den entgegengesetzten Standpunkt vertreten sollen. Der nächste Termin wird voraussichtlich eine ganze Sitzung in Anspruch nehmen.

Aus der Frauenbewegung.

In Johannisthal fand am 20. August im Lokale des Herrn Senftleben eine von über 180 Personen besuchte Volksversammlung statt, die als Einleitung zu Gunsten einer Frauenbewegung für die Orte Johannisthal, Nieder-Schöneweide und Rudow dienen sollte. Die Beteiligung war von seiten der Frauen eine recht rege. Frau Gradnauer hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, dem sich eine Diskussion anschloß, die sich im Sinne der Referentin bewegte. Frau Martha Hofmann, Nieder-Schöneweide, Hasselwerderstr. 4, wurde als weibliche Vertrauensperson für die drei Orte gewählt.

Der Verein Schöneberger Frauen und Mädchen hielt am 21. d. M. eine Vereinsversammlung ab, in welcher Naturarzt Herr Grundmann über „Frauenleben und -Leiden sprach. Der Referent schilderte, wie Krankheiten durch unzweckmäßige Kleidung und ungesunde Beschäftigung entstehen, besprach dann die Frauenkrankheiten und empfahl, rechtzeitig bei Erkrankungen einen Arzt zu Rate zu ziehen. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Frauenwahlrecht in Neu-Süd-Wales. Das Parlament von Neu-Süd-Wales hat, wie wir englischen Blättern entnehmen, das Gesetz betreffend das Frauenstimmrecht in dritter Lesung angenommen.

Versammlungen.

Die streikenden Bauanschläger

hielten am Montagvormittag wieder eine gut besuchte Versammlung ab. Neubauer gab einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf der Bewegung. Zur Frage der nunmehr einzuschlagenden Taktik führte Redner aus: Nachdem die Bauanschläger genötigt gewesen seien, am 19. August in den Generalstreik einzutreten, hätte die Kommission nichts unversucht gelassen, um eine Einigung mit den Unternehmern herbeizuführen. Dies sei aber bis jetzt nicht gelungen. Es frage sich nun, ob es ratsam erscheine, den Generalstreik aufrecht zu erhalten. Die Kommission habe dies eingehend erwogen und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Taktik geändert werden müsse. Es seien eine ganze Reihe Unternehmer vorhanden, die die Maßnahmen der Innung und des Verbandes der Schlossermeister nicht billigen. Hier gelte es nun geschickt zu operieren. Die Kommission habe sich daher veranlaßt gesehen, an diejenigen Meister, welche der Innung bezw. dem Verband nicht angehören, am 23. August folgendes Rundschreiben zu richten:

„Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist in unsrer öffentlichen Versammlung, am 19. d. M., der Generalstreik proklamiert worden. Da die Durchführung dieses Beschlusses die Sachlage recht oft unnötig verschärft, würden wir bereit sein, in nächster Zeit die Aufhebung des Generalstreiks zu befürworten und überall da, wo unsere Forderungen — die ja auch Ihnen zugegangen sind — bewilligt werden, die Arbeit aufzunehmen. Voraussetzung ist dabei, daß eine größere Anzahl von Arbeitgebern diese Forderungen anerkennen. Sollten Sie diese bewilligen wollen, so ersuchen wir Sie, uns dies bis zum Montag, den 26. August, vormittags 9 Uhr, schriftlich mitteilen zu wollen. In diesem Falle hoffen wir einen zustimmenden Beschluß herbeiführen zu können." —

Bisher haben sich 23 Unternehmer durch Namensunterschrift verpflichtet, die Forderungen der Bauanschläger anzuerkennen. Doch sei zu erwarten, daß sich im Laufe des Tages die Zahl noch wesentlich erhöhe, er empfehle daher, im Einverständnis mit den übrigen Kommissionsmitgliedern dem Antrage auf Aufhebung des Generalstreiks zuzustimmen.

In der hierauf folgenden äußerst lebhaften Debatte äußern sich fast alle Redner in zustimmendem Sinne und wird schließlich unter teilweiser Stimmenthaltung mit 306 gegen 127 Stimmen folgender Antrag angenommen:

„Die Versammlung der im Generalstreik stehenden Bauanschläger Berlins und Umgegend beschließt:

Den Generalstreik am 26. d. Mts. aufzuheben. Die Arbeit jedoch nur bei solchen Firmen aufzunehmen, welche

a) den von den Anschlägern aufgestellten Tarif anerkennen und sich verpflichten, nur den Arbeitsnachweis der Bauanschläger zur Arbeitsvermittelung zu benutzen,

b) der Innung oder dem Verband der Schlosser und verwandter Gewerbe nicht angehören.

Diejenigen Kollegen, welche schon vor dem Streik direkt für die Bauherren gearbeitet haben, dürfen, wenn die unter a) genannten Bedingungen erfüllt werden, ebenfalls die Arbeit aufnehmen.

Auch ist es gestattet, überall da für den Bauherrn selbst zu arbeiten, wo infolge der Weigerung der Arbeitgeber, unsere Forderungen zu bewilligen, die Fertigstellung der Arbeit durch einen Innungs- oder Verbandsmeister ausgeschlossen erscheint.

Zu fordern ist hierbei Anerkennung unserer unter a) aufgestellten Forderungen und Uebertragung der Lieferung sämtlicher Beschläge durch den Anschläger." —

Einige weitere Anträge, welche das fernere Verhalten der Streikenden regeln sollen, gelangen nunmehr gleichfalls zur Abstimmung. Während der Antrag, „daß kein Anschläger eigenmächtig, ohne Zustimmung der Kommission, Arbeit annimmt", einstimmig zur Annahme gelangt, wird der Antrag, „daß niemand dort Arbeit annimmt, wo während des Streiks gearbeitet worden ist", mit großer Majorität abgelehnt.

Des weiteren wird die Lohnkommission beauftragt, sich mit den in den Vororten Charlottenburg, Steglitz, Rixdorf befindlichen Innungen, welche, wie mitgeteilt wurde, mit dem Vorgehen der Berliner Innung nicht einverstanden sein sollen, in Verbindung zu setzen. Schließlich wird noch beschlossen, „daß jeder in Arbeit tretende Kollege während der Dauer des Streiks pro Tag 50 Pf. an den Streikfonds zu entrichten hat".

Um über die eventuell weiter notwendig werdenden Maßnahmen beraten zu können, findet am Mittwoch, den 28. August, wieder eine Versammlung statt.

Die Rabitzputzer hielten am 21. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Beschwerden waren eingegangen gegen die Firmen Ehlert, Günther u. Solwedel und Paul Zöllner u. Comp. Erledigt wurde nur die Beschwerde gegen die Firma Günther u. Solwedel. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde folgender Beschluß gefaßt: Sämtliche Kollegen haben ihre Streikfondskarten mit einem Kontrollstempel versehen zu lassen und wird zu diesem Zweck vom 25. August ab jeden Abend von 8 Uhr an ein Mitglied unsrer Zahlstelle in unserm Nachweis bei Ladewig diese Stempelung vornehmen.

Im „Verschiedenen" wurde das Verhalten der Hamburger Accordmaurer einer Kritik unterzogen. Als ganz verfehlt wurden der Schiedsspruch sowie die Ansicht der dortigen Parteileitung bezeichnet, doch hofft die Versammlung auf eine endgültige Klärung durch den nun bald zusammentretenden Parteitag.

Zu einer großartigen Demonstration gegen das Urteil des Ober-Kriegsgerichts in Gumbinnen gestaltete sich die Volksversammlung, die einberufen vom Vertrauensmann des 4. Kreises (Osten) gestern bei Keller, Koppenstraße, tagte. Trotzdem die Versammlung erst zu 8½ Uhr angesetzt war, erfolgte schon um 7½ Uhr die polizeiliche Absperrung, nachdem der große Saal und die Gallerie bis auf den letzten Platz gefüllt war und Tausende keinen Einlaß mehr finden konnten.

Nach einem zweistündigen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag des Rechtsanwalt Dr. K. Liebknecht und nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt, daß das Urteil des Oberkriegsgerichts in Gumbinnen mit dem Volksbewußtsein nicht in Einklang steht, und erwartet, daß dem zum Tode verurteilten Marten in der Revisionsinstanz so viel Recht wird, daß das Urteil aufgehoben und zu anderweitiger Beurteilung verwiesen wird."

Die Schlächtergesellen Berlins hielten am Donnerstag eine gut besuchte öffentliche Versammlung in den Arminhallen ab, in welcher Altgeselle Möller-Hamburg über die Lage und die Organisationsbestrebungen der Hamburger Fleischergesellen referierte. Den Ausführungen des Redners war zu entnehmen, daß in Hamburg fast die gleichen Mißstände im Gewerbe herrschen wie in Berlin. Die Gesellen betreiben auch energisch die Abstellung derselben. Von den Leitern der Gesellenbewegung, dem Gesellenausschusse, ist deshalb auch bei der Innung beantragt worden, daß eine regelmäßige Arbeitszeit eingeführt, die Sonntagsarbeit beschränkt und Gesellen zur Kontrolle an den Schlaf- und Arbeitsräumen zugezogen werden sollen. Eine Einigung mit der Innung kam jedoch bisher noch nicht zu stande. Dafür sind aber zwei Altgesellen, speciell für ihr Auftreten in der Innungsversammlung, gemaßregelt worden. Da nun die Organisation der Gesellen in Hamburg rund 600 Mann umfaßt, so dürfte wohl das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sein; die Anträge der Gesellen werden vielmehr wiederkommen und die gemaßregelten Altgesellen wird man aller Voraussicht nach auch nicht los werden, weil bekanntlich nicht alle Innungsmeister willfährige Werkzeuge ihres Vorstandes sind. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte dann der Referent die Berliner Kollegen zu festerem Zusammenhalt, damit die Fleischermeister den Gesellen nicht alles bieten können. In der hierauffolgenden Diskussion sprachen Sickert, Hensel, Gluch, Nortmann, Jähne, Vielitz, Keslinke, Mercier und Frömme. Unter andrem wurde hierbei angeführt, daß in Berlin allein 87 Stellenvermittler für Schlächterpersonal existieren. Dem Berliner Gesellenausschusse wurde ungenügende Interessenvertretung und Mangel an Charakterfestigkeit vorgeworfen und zur Wahl anderer wirklicher Gesellenvertreter aufgefordert. Auch der an einzelnen Orten des Reiches stark ausgeprägten Lehrlingszüchterei ward gedacht. Besonders hervorgehoben wurde noch, daß die Berliner Innung eine von den wenigen sei, die sich ihre Arbeitsvermittelung von den Gesellen bezahlen lasse und kein Reisegeschenk mehr an die Gesellen verabfolge —

Die in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 20. d. M. eine Versammlung ab, in der Kollege M. Hoffmann einen Vortrag hielt. Bei der hierauf folgenden Wahl eines Branchen-Vertrauensmannes wurde Kollege Haberstroh einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenem kamen Mißstände in einigen Fabriken zur Sprache. Leider mußte auch wieder hervorgehoben werden, daß die Kollegen und Kolleginnen der Firmen Rosenheim u. Kaufmann und Jacobsohn dem Verbande noch immer fernständen, trotzdem namentlich bei der letzteren Firma noch außerordentlich geringe Löhne bezahlt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Sühneprinz weigert sich, die Reise nach Berlin fortzusetzen?

Basel, 26. August. (W. H.) Nach den heute vormittag eingeholten Informationen weigert sich Prinz Tschun infolge neu eingetretener diplomatischer Komplikationen in Peking, die Reise nach Berlin fortzusetzen. Vorläufig sind für den Prinzen und sein Gefolge für 10 Tage Zimmer bestellt. Zwischen dem Berliner Auswärtigen Amt und dem Prinzen findet ein lebhafter Depeschenwechsel statt.

Sieben Personen verbrannt.

Augsburg, 26. August. (W. T. B.) Wie die „Augsburger Postzeitung" meldet, sind bei dem Brand eines Schmiedeanwesens in Zaisertshofen, Bezirksamt Mindelheim, **die Frau** des Schmiedemeisters und **sechs Kinder** im Alter von 1 bis 8 Jahren **verbrannt.** Der Schmiedemeister rettete sich mit knapper Not.

Bozen, 26. August. (W. H.) Im Sprenserthal stürzte der Bauer Christenoll auf dem Tüssen ab und blieb sofort tot.

Fiume, 26. August. (W. T. B.) Durch einen gewaltigen Orkan und Wolkenbruch wurden heute nachmittag hier große Verherungen angerichtet. Das Marien-Seebad ist zur Hälfte versunken, am Warenquai kamen Frachtwaggons ins Rollen, wobei eine Person getötet wurde. Man fürchtet, daß auch Schiffen auf dem Meere Unfälle zugestoßen sind.

Lemberg, 26. August. (W. H.) Bei den gestrigen Urwahlen im Husiatyner Bezirk fanden blutige Zusammenstöße zwischen polnischen und ruthenischen Wählern im Dorfe Lamaluskowce statt. Zwei für den polnischen Kandidaten stimmende Wähler wurden erschlagen.

Marseille, 26. August. (W. H.) Die Polizei verhaftete den Bankier Carreaucusel, welcher mit einem andren Geldmakler Betrügereien im Betrage von mehreren Millionen Frank verübt hat. Bis jetzt sind Forderungen in Höhe von 2½ Millionen Frank angemeldet. Die Untersuchung wird gleichzeitig in Marseille, Paris und Brüssel geführt.

Mailand, 26. August. (W. H.) Eine Feuersbrunst zerstörte heute den Palast des Barons Monte-Leone, welcher eine Menge Kunstgegenstände enthält. Der Materialschaden wird auf zwei Millionen veranschlagt.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Litterarische Rundschau.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Herausgegeben von Dr. Joh. Conrad, Professor der Staatswissenschaften in Halle a. S., Dr. Ludw. Elster, Geh. Regierungsrat in Berlin, Dr. Wilhelm Lexis, Professor der Staatswissenschaften in Göttingen, Dr. Edgar Loening, Professor der Rechte in Halle a. S. Zweite gänzlich umgearbeitete Auflage. Preis des ganzen Werks (7 Bände) broschiert 125 M., in Halbfranz gebunden 142,50 M. Jena, Verlag von Gustav Fischer.

Von der zweiten Auflage des „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften" ist vor kurzem der sechste Band erschienen, der die Artikel von „Paasche" bis „Syndikat" umfaßt. Wie die ihm voraufgegangenen fünf Bände bezeugt auch dieser sechste wieder, daß die zweite Auflage nicht nur eine bloße Fortführung der in der ersten Auflage enthaltenen Artikel bis auf die neueste Zeit bietet, sondern, ohne daß die vorgesehene Abgrenzung des Stoffes, die Beschränkung auf die sogenannten wirtschaftlichen und socialen Staatswissenschaften, aufgegeben worden wäre, anerkennenswerte Bereicherungen und Ergänzungen enthält. Eine ganze Reihe Artikel sind unter Berücksichtigung der neueren Forschungsergebnisse gründlich umgearbeitet, andre noch verschiedenen, in der ersten Auflage weniger beachteten Seiten hin vervollständigt worden; und zudem haben die Herausgeber eine Reihe neuer Abhandlungen aufgenommen, speciell über jene Institute des Privatrechts, die auf das Wirtschaftsleben einen beherrschenden Einfluß üben.

Damit soll nicht gesagt sein, daß nun alle Partien des abgesteckten Wissensgebietes den Raumverhältnissen entsprechend gleichmäßig berücksichtigt worden sind, noch immer bleibt manches zu wünschen übrig; vor allem was den geschichtlichen Teil anbetrifft. Der Prospekt verspricht, daß die Beschreibungen der „wirtschaftlichen und socialen Zustände der Gegenwart" durch geschichtliche Rückblicke eingeleitet werden sollen, „die in ihrer Gesamtheit die allmähliche Entwickelung der wirtschaftlichen und socialen Kultur vor Augen führen"; und weiterhin heißt es: „Die Geschichte der Wissenschaft des wirtschaftlichen und socialen Lebens wird eingehend dargestellt." Thatsächlich fehlt es denn auch in vielen Artikeln an solchen „Rückblicken" und „wissenschaftshistorischen" Exkursen nicht; aber in der Mehrzahl — das zu verhehlen, hieße parteiisch urteilen — entspricht ihr Gehalt nicht dem der theoretischen und deskriptiven Darstellung. Soweit solche Rückblicke auf frühere social- resp. entwicklungsgeschichtliche Vorgänge zurückgreifen, zeigt sich häufig eine befremdende Unkenntnis älterer Entwicklungsformen, während die „Geschichte der Wissenschaft" meist nur auf einen rein dogmengeschichtlichen Abriß hinausläuft, auf eine Schilderung der Wissenschaftsentwicklung nach den wechselnden Formen der theoretischen Konzeption. Der Zusammenhang solcher Konzeptionen mit dem Gang der allgemeinen socialen Entwicklung, ihre Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Gesamtleben, bleibt meist völlig unberücksichtigt. Als Folge dieses Verzichts auf eine Betrachtung der Theorienentwicklung in ihren kausalen Beziehungen zu den socialen Lebensveränderungen ist natürlich, daß der Wechsel der theoretischen Konzeptionen, die Ausbreitung und Abnahme der socialen Strömungen vielfach als völlig unmotiviert erscheint, und ferner, daß, da ihre Entstehungsbedingungen unbekannt bleiben, auch ihre Tendenzen nicht völlig verständlich werden.

Der Fehler liegt darin, daß nicht auch Social- und Kulturhistoriker zur Mitarbeit herangezogen worden sind, sondern daß die Behandlung der historischen Partien gewissermaßen als Nebenaufgaben auch den juristischen, volkswirtschaftlichen, medizinischen Theoretikern und Praktikern zugeteilt worden ist, welche die Darstellung der Gegenwartsverhältnisse bezw. des heutigen Standes der erörterten Frage übernommen haben. Selten aber besitzen solche Fachmänner, wie bei der steten, riesenhaften Ausdehnung der meisten Fachgebiete in den letzten Jahrzehnten nur allzu verständlich ist, eine nähere Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung der von ihnen behandelten Fragen und Probleme, und soweit diese Kenntnis vorhanden, erstreckt sie sich meist nur auf den ideengeschichtlichen Entwicklungsgang, nur ausnahmsweise auf dessen Zusammenhang mit der allgemeinen socialen Entwicklung.

Auf diesen Mangel hinzuweisen, halte ich für um so notwendiger, als er wenig beachtet worden ist, wohl deshalb, weil die historischen Partien meist als nebensächlich angesehen wurden und die meisten Kritiker auf den eigentlich volkswirtschaftlichen und staatsrechtwissenschaftlichen Teil den Hauptwert legten. Indes gilt von den heutigen volkswirtschaftlichen und staatsrechtlichen Fragen nicht minder als von allen sonstigen Problemen des socialen Lebens die Thatsache, daß sie nur völlig zu verstehen sind, wenn man sie in ihrer historischen Bedingtheit und ihren Kausalverknüpfungen erfaßt. Erkennen die Herausgeber durch Einstellung sogenannter einleitender „geschichtlicher Rückblicke" diese Thatsache an, haben sie auch dafür zu sorgen, daß die geschichtlichen Partien durchaus den Anforderungen entsprechen, die man nach dem heutigen Stande der socialhistorischen Forschung zu stellen berechtigt ist. Erschien es ihnen aus Gründen der Einheitlichkeit der Darstellung unangebracht, manche Artikel zu teilen und zwei oder mehreren Bearbeitern zuzuweisen, so hätten sie wenigstens einige Wirtschafts- und Socialhistoriker zu der Redaktionskommission hinzuziehen sollen. Schon dadurch, daß diese die Autoren der einzelnen Artikel auf diesen und jenen unbeachtet gebliebenen Punkt aufmerksam gemacht hätten, wäre auch in historischer Hinsicht Gründlicheres erreicht worden. Da die Verfasser sonst keine Mühe gescheut haben, fachkundige Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen, hätten sie auch noch einige Schritte weiter gehen können. Immerhin bleibt das „Handwörterbuch" ein encyklopädisches Nachschlagewerk, dem auf staatswissenschaftlichem Gebiete weder die französische, noch die englische Litteratur Gleichwertiges zur Seite zu stellen hat.

Bei dem reichen Inhalt des ungefähr 1200 Seiten umfassenden Bandes können nur einige wenige Artikel als Stichproben zur Besprechung herausgegriffen werden.

Ein ungemein instruktiver Artikel, der auch einem größeren Publikum viel Interessantes bietet, ist der des Ministerialdirektors im Reichspostamt Dr. P. D. Fischer über die „Post". Beginnend mit einem längeren geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Postwesens werden nacheinander der Postbetrieb (verschiedene Arten des Verkehrs), das Postgebührenwesen, das Postrecht, die Verfassung und Organisation der deutschen und der wichtigsten ausländischen Posten, Entstehung, Umfang und Organisation des Weltpostvereins geschildert, an die sich als Schluß verschiedene statistische Tafeln über die Verbreitung der Postanstalten, der Finanzergebnisse und Leistungen der Post anreihen. Wie sich bei näherer Prüfung ergiebt, sind die neueren Portotarifveränderungen der deutschen Reichspost überall berücksichtigt.

Ein andrer, eine wichtige Erscheinung unsres Gesellschaftslebens betreffender Artikel ist der des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. D. Renk über „Prostitution". In sachlicher Weise erörtert der Autor Eigenschaften, Formen und Ausbreitung der heutigen Prostitution, sowie die in den verschiedenen Staaten zu ihrer Niederhaltung und Ueberwachung ergriffenen Maßregeln. Die Darlegungen wirken um so anregender, als der Verfasser nicht mit apodiktischen Urteilen kommt, sondern Ansicht und Gegenansicht einander gegenüberstellt und gewissermaßen derart dem Leser gestattet, sich selbst ein Urteil zu bilden; aber er ist Mediziner und so beschränkt er sich fast ausschließlich auf die hygienische Seite des Gegenstandes, die volkswirtschaftliche Seite wird mit einigen wenigen Bemerkungen abgethan und was der Autor in dem geschichtlichen Teil seines Artikels bietet, ist so oberflächlich, daß es keinerlei Kritik verträgt. Eine genauere Kenntnis der Sittengeschichte, speciell der Geschichte der Ehe- und Familie besitzt der Verfasser offenbar nicht, sonst wäre es kaum möglich, daß er seine „Geschichte" der Prostitution mit dem Satz einleiten könnte:

„Während im Urzustande des Menschengeschlechts die Befriedigung des Geschlechtstriebs eine uneingeschränkte sein konnte, da für die Nachkommen mehr als ausreichende Subsistenzmittel vorhanden waren, machte das schnelle Anwachsen der Menschheit, insbesondere das Zusammentreten der Menschen zu Gemeinschaften und die durch die Teilung der Arbeit bedingte Gliederung dieser bald eine Institution nötig, die Ehe, welche einem nur dem natürlichen Triebe folgenden Geschlechtsverkehre Schranken setzen sollte.

„Das Institut der Ehe legte von vornherein dem Manne weitgehende Verpflichtungen für die Erhaltung der Ehegattin und der mit ihr erzeugten Kinder auf und schloß so Individuen, welche diesen Verpflichtungen nachzukommen nicht im stande oder nicht gewillt waren, von der Berechtigung, für die Erhaltung der Art zu wirken, aus; eine Einrichtung, welche sich im schärfsten Gegensatz zu einem der mächtigsten Naturtriebe stellte."

Auf ungefähr gleicher Stufe der Qualität stehen die Bemerkungen über die Prostitution der Germanen. Die geschichtliche Entwicklung der Prostitution muß, danach zu urteilen, dem Autor völlig fremd sein, wie er denn auch in seinem Litteraturnachweis kein einziges größeres Geschichtswerk dieser Art aufzählt. Aber wenn dies der Fall, hätte er im eignen Interesse seiner wissenschaftlichen Reputation sich nicht dazu verleiten lassen sollen, auch den „geschichtlichen Rückblick" zu schreiben. Und noch größeren Vorwurf trifft die Herausgeber, die solche seltsamen Geschichtskonstruktionen aufnehmen.

Eine Frage, die in den nächsten Jahren vielfach Gegenstand der Diskussion sein dürfte, ist der Stand der deutschen Reichsfinanzen. Im „Handwörterbuch" ist ihre Behandlung dem Unterstaatssekretär Prof. Dr. v. Mayr-München zugefallen. Die Darlegungen geben eine kurze, das Wissenswerteste enthaltende Uebersicht über das Reichsvermögen und die Reichsschulden, sowie die Reichshaushaltung; allerdings ist die Gegenüberstellung der Ein- und Ausnahmen, die sich auf die Jahre 1874, 1885, 1895, 1899 und 1900 beschränkt, kaum ausreichend zur Gewinnung eines Ueberblicks über die wechselnde Finanzgestaltung des Reiches, zumal im wesentlichen nur in der Tabelle die Gesamtsummen der Specialetats aufgeführt sind. Jedenfalls würde die Darstellung wesentlich an Uebersichtlichkeit gewonnen haben, wenn für eine längere Reihe von Jahren zur Veranschaulichung der Steigerung des Etats die Hauptposten der Einnahmen und Ausgaben einander gegenübergestellt worden wären, und zwar die Summen der fortdauernden Ausgaben mit Hinzufügung der „einmaligen" und Angabe des prozentuellen Anteils am Gesamtetat. Es würde dann eine kurze Prüfung genügen, um zu erkennen, welche Posten zur Steigerung des Etats und des weiteren zur Verschlechterung der Finanzlage am meisten beigetragen haben, und in welchem Maße die Einnahmen aus den wichtigsten Zöllen, der Post- und Eisenbahn-Verwaltung, gestiegen sind. Indes hätten derartige Specifikationen auch sofort gezeigt, welchen ungünstigen Einfluß die isteigenden Ausgaben für das Reichsheer und die Marine (mit Einschluß des hierher gehörenden Teiles des allgemeinen Pensionsfonds) auf die Reichsfinanzen gehabt haben und vielleicht hielt es deshalb der Verfasser für angebracht, die Faktoren, die für die Richtung unsrer Finanzgestaltung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind, nicht allzu scharf hervortreten zu lassen.

Der Mayrsche Artikel ist vor den Enthüllungen über die schlechte Finanzlage des Reiches geschrieben, die im Herbst vorigen Jahres Freiherr v. Thielmann im Reichstage machte und noch weniger standen ihm die Ziffern des erst kürzlich erfolgten Finalabschlusses der Reichshauptkasse für das Rechnungsjahr 1900 zu Gebote, die zwar bei der Zuckersteuer und dem Bankwesen ein beträchtliches Mehr (24½ und 11 Millionen Mark) ergeben, dafür aber größere Ausfälle in der Post- und Reichs-Eisenbahnverwaltung, sowie beim Ertrag der Zölle und Tabaksteuer (ca. 25½, 2 und 7,6 Mill. Mark) nachweisen, wozu sich noch beträchtliche Mehrausgaben einzelner Verwaltungen, z. B. der Marineverwaltung um 5½ Mill. Mark gesellen. Dennoch meint zum Schluß Herr v. Mayr unter Bezugnahme auf den Antrag Lieber vom 12. März 1896, der bekanntlich die Hälfte des Ueberschusses der Ueberweisungen über die Matrikularbeiträge zur Verminderung der Reichsschuld und zur Erhöhung des durch die Franckensteinsche Klausel festgesetzten Betrages (130 Millionen Mark) bestimmte:

„Die Statistik der Ergebnisse des Reichshaushalts läßt darüber keinen Zweifel, daß durch diese vom Jahre 1896 ab befolgte Finanzpolitik von Fall zu Fall thatsächlich eine nicht unerhebliche Verbesserung in der Lage der Reichsfinanzen eingetreten ist. Man darf aber nicht vergessen, daß dazu außer dem im Antrag Lieber formulierten Grundgedanken auch äußere in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in die Erscheinung getretene Umstände in entscheidender Weise mitgewirkt haben, nämlich erstens ein verhältnismäßiger Niederstand der Extra-Ordinarien und zweitens — und zwar in hervorragender Weise — die allgemeine Gunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Betriebs-, Zoll- und Steuereinnahmen des Reichs ausnehmend günstig gestaltet hat ... Es steht außer Zweifel, daß bei dem Eintritt ungünstigerer wirtschaftlicher Gesamtverhältnisse und der dadurch bedingten Abschwächung der Reichseinnahmen das im Jahre 1896 eingeschlagene Verfahren versagen und alsdann das schlummernde Bedürfnis nach einer organischen Reichs-Finanzreform wieder erwachen wird. Es wird sich dann zeigen, daß zur Anbahnung dieser Reform auf eine ausgiebige Kräftigung der Reichsfinanzen, und zwar durch Ausgestaltung rückständiger Zweige der Verbrauchsbesteuerung, nicht verzichtet werden kann. Die so begründete Finanzreform wird alsdann erreichen können, was jetzt noch nicht erreicht ist, nämlich eine solche Gestaltung der Reichsfinanzen, daß in Zeiten günstiger wirtschaftlicher Entwicklung nicht bloß die Vorgewirtschaft ganz entfällt, was bisher noch in keinem Jahr trotz günstiger Gestaltung dieser Entwicklung der Fall war, sondern daß alsdann auch zu wirklicher, nicht bloß fiktiver Schulden-„Tilgung" — d. h. Verminderung der laufenden Schuld an Stelle bloßer Mindervermehrung derselben in Form von Absetzungen am Anleihesoll — geschritten werden kann."

Die Ansichten des Herrn Unterstaatssekretärs und Professors über die Verschlechterung der Finanzlage werden leider durch den letzten Abschluß nur zu sehr bestätigt, — womit übrigens nicht gesagt sein soll, daß zur Erkenntnis dieser Lage damals, als der Artikel geschrieben wurde, besonderer Scharfsinn gehörte. Nur wenige dürften sich darüber getäuscht haben, daß als zur Zeit der Flottenvorlage das Finanzministerium günstige Ziffern aufmarschieren ließ, es zumeist mit nichts andrem als Eintagswerten manipulierte, die der erste Hauch einer Krisis hinwegfegen würde. Ebenso richtig ist die Vermutung, daß die Regierung zur Aufbesserung der Reichsfinanzen zu stärkerer Verbrauchsbesteuerung greifen würde. Der kürzlich veröffentlichte neue Zolltarif-Entwurf, der nicht nur den Forderungen der Agrarier Rechnung trägt, sondern auch überall deutlich die Spuren fiskalischer Erwägungen zeigt, liefert dafür einen genügenden Beweis. Weniger einverstanden kann ich mich dagegen mit der Meinung erklären, daß es zu einer wirklich „organischen Reichs-Finanzreform" und ernstlicher Schuldentilgung kommen wird. Gehen die hauptsächlichsten der neuen Zollforderungen im Reichstag durch, erhält also das Reich eine weit größere Einnahme zugewiesen, so wird es zwar an einigen Schuldentilgungsversuchen 2c. nicht fehlen — schon das Centrum wird, um seinen Wählern seine Stellungnahme zur Zollbelastung schmackhafter zu machen, darauf dringen — aber zu irgend welcher stärkeren Verminderung der laufenden Schulden wird es schwerlich kommen; schon lauern im Hintergrunde bedeutende neue Marine- und Militärforderungen.

Aktueller noch als die Reichsfinanzlage sind zur Zeit die zollpolitischen Fragen. Der vom Professor Lexis geschriebene 19 Seiten lange Artikel „Schutzsystem" beansprucht deshalb gerade jetzt besonderes Interesse. Der Verfasser leitet seine Arbeit mit einer kurzen Erörterung der Arten des Zollschutzes und seiner Wirkungen ein und giebt dann einen Abriß der Geschichte des Zollschutz-Systems in den wichtigsten Ländern, im besonderen in Deutschland, Frankreich und England. Diese historischen „Uebersichten" geben zwar eine sachlich gehaltene Auskunft, leiden aber, wie so manche andren Artikel des Werkes, ebenfalls daran, daß wir nicht sehen, auf welcher Grundlage sich die Wandlungen vollziehen. Die Geschichte des „Schutzsystems" erscheint nicht als bestimmter Teil der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte, sondern als etwas in sich Selbständiges, und nur flüchtige gelegentliche Andeutungen, die übrigens dem mit der Wirtschaftsgeschichte der verschiedenen Länder Nichtvertrauten teilweise kaum verständlich sein dürften, weisen darauf hin, daß die wechselnde Stellungnahme der verschiedenen Parteien und Staaten ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen hatte. So wird zum Beispiel die in die Jahre 1842/46 fallende rückläufige Zollbewegung innerhalb des Zollvereins mit den Worten erwähnt: „Eine lebhafte schutzzöllnerische Bewegung trat im Anfange der vierziger Jahre auf" usw. Und ebenso heißt es später einfach, durch den 1862 zwischen Preußen und Frankreich vereinbarten Handelsvertrag, der zu dem Vereinstarif von 1865 geführt hätte, sei „eine entschieden freihändlerische Wendung" eingeleitet worden. Von den wirtschaftlichen Motiven, welche die Konservativen zu ihrer freihändlerischen Haltung bestimmten, von der durch den politischen Antagonismus gegen Oestreich beeinflußten Zollpolitik der preußischen Regierung erfahren wir nichts. Immer nur hören wir von „Wendungen" und „Wechselungen", ohne daß wir zu ersehen vermöchten, wodurch denn diese Wendungen hervorgerufen wurden.

Nicht einzusehen ist auch, warum die Schilderung des französischen Schutzsystems mit der 1892er Zollgesetzgebung und der 1894er Erhöhung des Weizen- und Weizenmehl-Zolls abschließt und nicht kurz der Zollkriege Erwähnung thut, in die Frankreich durch sein Tarifsystem verwickelt wurde. Gerade jetzt, wo auch in Deutschland die Frage des Doppelsystems eifrig diskutiert wird, wäre ein kurzes Resumé der französischen Erfahrungen von Wert gewesen.

Die Artikel „Socialdemokratie" und „Socialismus und Kommunismus" hat — nicht zum Vorteil des Werkes — wieder Professor Georg Adler verfaßt. Zu einer Kritik der beiden umfangreichen Arbeiten fehlt hier der Raum, zudem bieten sie gegenüber den betreffenden Aufsätzen der ersten Auflage wenig Neues. Als im eigentlichen Sinne neu kann sogar nicht mal sein Ausblick in die Zukunft gelten, in welchem er findet, daß die Arbeiterklasse mehr und mehr dahin gelangen wird, ihre vollständige Einordnung in das Staats- und Gesellschaftsleben zu vollziehen; denn diese Auffassung vertritt Herr Adler schon in seiner vor einem halben Jahr erschienenen Schrift „Zukunft der socialen Frage", sowie in seiner für den 7. Band der Helmoltschen „Weltgeschichte" verfaßten Abhandlung „Die sociale Frage".

Nach Herrn Professor Adler ist die Socialdemokratie in der Entwicklung zu einer reinen Socialreform-Partei begriffen; das, was man heute Socialdemokratie nennt, wird dann nur noch „die Bedeutung einer interessanten Sekte" haben. Die Anzeichen dieser Umbildung sieht sein sonderbarer Optimismus in der Abkehr von den Marxschen Theorien und der sich unter den „Intellektuellen" verbreitenden Meinung, daß die Arbeiterklasse immer mehr Rechte erringe und sogar eine zunehmende Einschränkung der ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals durch die Staatsgewalt bewirke. „Sollte", sagt er, „wirklich im Laufe der Zeit die große Masse der Socialdemokratie sich von der mit Unfruchtbarkeit geschlagenen marxistischen Lehrmeinung abwenden und auf nationalem Boden eine ehrliche Socialreform anstreben, so würde von der alten Socialdemokratie nichts als der Name übrig bleiben und die Anbetung des „Zukunftsstaates" zur harmlosen Spielerei herabsinken!"

Außer den genannten enthält der VI. Band des „Handwörterbuchs" noch eine Reihe andrer größerer und wertvoller Artikel, unter denen besonders die Abhandlungen über „Preis", „Renaissance und Reformation", „Seide und Seidenindustrie", „Staat" und „Statistik" hervorgehoben seien; ferner verschiedene kleine Biographien, besonders von Professor Karl Diehl, die als tüchtige Leistungen Anerkennung verdienen.

H. C.

Lokales.

Ein Zeichen der Zeit.

Die Verurteilungen wegen Bettelei und wegen Obdachlosigkeit hatten sich in Berlin eine Reihe von Jahren hindurch ziemlich ununterbrochen und recht bedeutend vermindert. Damit scheint es nun leider wieder vorbei zu sein. Im letzten Jahr ist eine Vermehrung der Verurteilungen dieser Art eingetreten, die namentlich bei Obdachlosigkeit auffallend stark ist.

Im Jahre 1900 (bezw. im Vorjahre 1899) wurden vom Amtsgericht Berlin Verurteilungen ausgesprochen: bei der Abteilung Alexanderplatz wegen Bettelei 5755 (5535) gegen männliche und 185 (172) gegen weibliche Personen, wegen Obdachlosigkeit 1344 (928) gegen männliche und 80 (66) gegen weibliche Personen; bei der Abteilung Moabit wegen Bettelei 1232 (1248) gegen männliche und 74 (88) gegen weibliche Personen, wegen Obdachlosigkeit 18 (15) gegen männliche und 6 (2) gegen weibliche Personen. Von 1899 bis 1900 stieg die Gesamtzahl der Verurteilungen wegen Bettelei von 7043 auf 7246, die der Verurteilungen wegen Obdachlosigkeit von 1011 auf 1448. Auf die besonders starke Vermehrung der Verurteilungen wegen Obdachlosigkeit wurde bereits hingewiesen. Sie beläuft sich auf 43 Proz. in einem einzigen Jahre!

Diese Zahlen beziehen sich auf die einzelnen Fälle der Verurteilung. Die Zahl der verurteilten Personen ist geringer; denn viele wurden in demselben Jahre mehrfach verurteilt. Für die in Moabit erfolgten Verurteilungen sind hierüber in den Zusammenstellungen, die das Berliner Statistische Amt alljährlich veröffentlicht, keine Angaben enthalten. Bei der Abteilung Alexanderplatz wurden im Jahre 1900 (beziehungsweise im Vorjahre 1899) Personen verurteilt: wegen Bettelei 4293 (4040) männliche und 134 (116) weibliche, wegen Obdachlosigkeit 1154 (802) männliche und 67 (54) weibliche. Hierunter waren aus der Gruppe Bettelei 1095 (im Vorjahre 1076) Männer und 38 (36) Frauen und aus der Gruppe Obdachlosigkeit 159 (108) Männer und 10 (9) Frauen, die wegen der betreffenden Uebertretung in demselben Jahre

wiederholt verurteilt wurden. Manche wurden sogar dreimal, viermal und öfter in demselben Jahre bestraft. Das Maximum war im Jahre 1900 bei Obdachlosigkeit 5 Verurteilungen, bei Bettelei 7 Verurteilungen in diesem einen Jahre. Zählt man auch die Bestrafungen aus früheren Jahren mit, so wurden in den sieben Jahren 1894—1900 29 024 männliche Personen 60 985 mal und 831 weibliche 1761 mal wegen Bettelei oder wegen Obdachlosigkeit oder wegen beider Uebertretungen verurteilt. Ein Mann brachte es in dieser Zeit auf 37 Verurteilungen zu im ganzen 158 Wochen Haft und erhielt außerdem 12 mal Nachhaft im Arbeitshause.

Für die am Alexanderplatz verurteilten Personen werden in den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes auch Angaben über ihre persönlichen Verhältnisse gemacht. Die Auszählung nach Berufen in Verbindung mit dem Monat der Verurteilung läßt erkennen, wie sehr die Zahl der Verurteilungen durch die Zu- oder Abnahme der Arbeitsgelegenheit beeinflußt wird. Die meisten Verurteilungen wegen Bettelei kamen, wie alljährlich, in den Wintermonaten vor, die wenigsten im Sommer. Die Verurteilungen wegen Obdachlosigkeit waren im Jahre 1900 am zahlreichsten im Mai und im November, d. h. nach den Hauptumzugsterminen vom April und Oktober. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der geborenen Berliner unter den wegen Obdachlosigkeit Verurteilten erheblich zugenommen hat. Sie stieg von 1899 bis 1900 von 26 Proz. der Gesamtzahl auf 29 Proz. Auch das kann als ein Zeichen der Zeit gelten.

Kommunales. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans ist von seinem Sommerurlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Stadtverordneten-Versammlung wieder übernommen. Die Ferien der Stadtverordneten gehen am 31. August cr. zu Ende; zum 5. nächsten Monats ist die erste Sitzung der Stadtverordneten anberaumt worden. Der Oberbürgermeister Kirschner, der z. Z. in der Schweiz weilt, wird zum 1. September zurückerwartet. Bekanntlich ist durch die Pensionierung des Oekonomierats Hausburg die Stelle eines Direktors des städtischen Central-Vieh- und Schlachthofes und der Fleischbeschau frei geworden und ausgeschrieben. Auf die Ausschreibung haben sich nicht weniger als rund fünfzig Bewerber gemeldet, unter denen sich Assessoren, Kriminalbeamte, Sekretäre, Tierärzte usw. befinden. Der Magistrat wird demnächst zur Wahl schreiten und den Stadtverordneten den Gewählten vorschlagen.

Musiker und Landestrauer. Abschlägig beschieden wurde das an das Hofmarschallamt gerichtete Gesuch der „Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker", ihre Mitglieder für die durch die Landestrauer erlittenen Verluste schadlos zu halten. Das gleiche Schicksal erlitt ein ähnliches Gesuch des „Vereins Berliner Musiker" um „angemessene" Entschädigung seiner von tausendundfünfundvierzig zur Zeit in Berlin anwesenden achthundert Mitglieder. War auch ein andres Resultat nicht zu erwarten, so sollte die durch die Art der „Landestrauer" verursachte Not den Herren dort oben doch zu denken geben.

Sonntag stand Berlin im Zeichen der Erntefeste in den Laubenkolonien. In allen Lauben- und den kleinen Ackerbau-Kolonien um Berlin wurden Erntefeste gefeiert. Diese Feste haben sich zu kleinen Volksfesten herausgebildet; zählen doch die Laubenkolonien mehr als dreihundert um Berlin. Es giebt da „Neu-" und „Alt-Kamerun", Kolonie „Ohm Krüger" und „Ohm Paul", „Wiesenpalme", „Kleckersdorf", „Kairo", „Transvaal", „Sorgenfrei", „Klein-Paris", Lauben mit unaussprechlichen polnischen Namen und auch namenlose. In der einen Kolonie herrschen die kleinen Beamten, Schutzleute, Feuerwehrmänner, Straßenbahner, in den anderen Arbeiter, kleine Handwerker usw. vor. Allen Laubenkolonisten gemeinsam ist das Zusammengehörigkeitsgefühl, so daß Diebstähle an Feldfrüchten, Tauben, Kaninchen, Hühnern usw. in den Kolonien zu den Seltenheiten gehören.

Eine Aenderung der Telegraphenordnung vom 9. Juni 1897 hat Staatssekretär Kraetke erlassen. Das wichtigste ist daraus das folgende: Telegramme können nach allen Orten aufgegeben werden. Ist am Bestimmungsort eine Telegraphenstation nicht vorhanden, so erfolgt die Beförderung von der äußersten oder der vom Aufgeber bezeichneten Telegraphenanstalt entweder durch die Post oder durch Eilboten oder durch Post und Eilboten. Der Aufgeber kann verlangen, daß sein Telegramm bis zu einer von ihm bezeichneten Telegraphenanstalt telegraphisch und von dort bis zum Bestimmungsort durch die Post befördert werde. Auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers werden Telegramme auch von einem Orte mit Telegraphenanstalt durch Eilboten befördert, wenn die Anstalt am Bestimmungsorte den Dienst geschlossen hat und die Entfernung zwischen den beiden Anstalten nicht über 15 Kilometer beträgt. Der Absender hat, wenn er diese Bestellung wünscht, den Botenlohn oder einen entsprechenden Betrag zu hinterlegen. Ist ein hinterlegter Botenlohn nicht in Anspruch genommen worden, wird dies durch Meldezettel oder Postkarte der Aufgabestation mitgeteilt und dem Aufgeber der Betrag nach Abzug von 20 Pfennig zurückgegeben. Für gewöhnliche Stadt-Telegramme, das heißt Telegramme an Empfänger im Orts- und Landbestellbezirk des Aufgabe-Orts, wird eine Gebühr von 3 Pf. für jedes Wort, mindestens aber 30 Pf. erhoben. Im Landbestellbezirk tritt hierzu der wirklich erwachsene Botenlohn. Privat-Telegramme im deutschen Verkehr sowie solche Privat-Telegramme des außerdeutschen Verkehrs, deren Aufgabe-Ort in Europa liegt, werden nur dann nachgesandt, wenn dies vom Absender verlangt oder vom Empfänger beantragt wird. Dagegen werden Privat-Telegramme von außereuropäischen Aufgabe-Orten auch ohne besonderen Antrag nachgesandt, wenn der neue Aufenthaltsort des Empfängers in Deutschland liegt und der Empfänger die Nachsendung von Telegrammen nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat.

Strafe für Armut. In der vierten Klasse der 141. Gemeindeschule befindet sich unter andern ein Mädchen, dem die Lehrer in jeder Beziehung gute Zeugnisse ausgestellt haben. Dies Kind ist nur mit einem schlimmen Fehler behaftet, nämlich mit dem der Armut. Der Vater hat verkrüppelte Hände und ist daher fast arbeitsunfähig, und so kam es, daß er nicht im stande war, aus eignen Mitteln das Geld für die notwenigen Schulbücher zu beschaffen. Mit Mühe und Not gelang es ihm, aus dem von der Stadtverordneten-Versammlung für Anschaffung von Lehrmitteln bewilligten Fonds ein Lesebuch loszueisen. Als das Mädchen aber vor kurzem einen Atlas haben sollte, und der Vater deswegen ebenfalls ein Gesuch an die Schulkommission richtete, erhielt er die Antwort, daß keine Mittel mehr vorhanden seien und das Gesuch aus diesem Grunde abgelehnt werden müsse. Das Kind kam nun mit dem Bescheid in die Schule, daß der Vater zur Anschaffung des Atlas nicht im stande sei. Darauf erhielt es vom Lehrer zunächst einen Schlag auf die Schulter und dann den Befehl, zur Strafe zwanzigmal auf einen Zettel die Worte zu schreiben: „Ich soll in jeder Geographiestunde einen Atlas haben." Der Vater war natürlich empört über diese Bestrafung der Armut und wandte sich mit einer Beschwerde an den Rektor; dieser aber wußte nichts zu thun, als ihm achselzuckend den Rat zu erteilen, er möge zu Michaelis abermals um die Bewilligung des Atlas einkommen; vielleicht, daß er dann Erfolg habe.

Wir haben vor einiger Zeit schon eine bessere Organisation der Verwaltung des für Lehrmittel bewilligten Fonds in Vorschlag gebracht; würden die vorhandenen Gelder nach Bedarf verteilt werden, so hätte die Verwaltung keine Gelegenheit, damit zu prunken, daß die für Schulbücher bewilligten Mittel gar nicht aufgebraucht werden könnten. Aber abgesehen davon, ist es wenig pädagogisch gehandelt, wenn ein Kind, wie hier geschehen, vom Lehrer wegen seiner Armut bestraft wird. So etwas sollte nicht wieder vorkommen.

Ein zu Wasser gewordener Feuerwehrtag. Der Brandenburgische Feuerwehrtag, der am Sonntag in der Feuerwehr-Ausstellung stattfand, lockte eine große Besucherzahl nach dem Ausstellungsplatz am Kurfürstendamm. Die offizielle Sitzung des Verbandes der freiwilligen Feuerwehren der Provinz Brandenburg sollte um 12 Uhr in der Vortragshalle der Ausstellung stattfinden. Aus bisher unbekannten Gründen fiel jedoch die Sitzung völlig aus, vermutlich deshalb, weil die Mehrzahl der zu dem Verbandstage Delegierten den Vormittag dazu benutzt hatte, die Sehenswürdigkeiten Berlins in Augenschein zu nehmen und erst am Nachmittage nach der Ausstellung hinauskamen, und somit die Sitzung eine zu schwache Beteiligung aufzuweisen gehabt hätte. Unter diesen Umständen mußten auch die gesamten für den Nachmittag angesetzten Vorträge über Feuerlöschwesen abgesetzt werden. Hoffentlich ist der Löscheifer bei den brandenburgischen Feuerwehrleuten größer als der Eifer für die graue Theorie des Vortrags.

Eine Kanonfahrt. Der chinesische „Sühneprinz" Tschun wurde für gestern nachmittag in Potsdam erwartet, weshalb ganz umfassende Absperrungsmaßnahmen vorbereitet wurden. Der Herr kam jedoch nicht; er soll auf der Reise in Basel erkrankt sein. Ueber seine Wohnung im neuen Orangeriegebäude weiß eine Korrespondenz folgendes zu berichten: Prinz Tschun wird im Mittelbau des Orangeriegebäudes den bekannten Rafaelsaal als Empfangssalon benutzen. Dieser prächtige Saal, dessen Paneele und Thürpfosten aus dem seltenen ägyptischen Marmor gearbeitet sind, enthält 44 Kopien der bedeutendsten Gemälde Rafaels. Das an den Saal rechts anschließende Malachitzimmer dient dem Prinzen als Wohngemach, es enthält wertvolle Gemälde und vornehme Kunstwerke von Thorwaldsen, Steinhäuser, Troschel ꝛc. In dem angrenzenden Lapis Lazuli-Zimmer wird Prinz Tschun Nachtruhe pflegen. Die Möbel in diesem Zimmer sind fast durchweg aus diesem Edelstein, der Goldeswert hat, hergestellt, außerdem sind darin Marmorsäulen von brescia violetta, eine Schale von Rosso antiko usw. An das Schlafzimmer grenzt eine offene Halle, von der aus man einen Blick über Bornstedt genießt. Es hat viel Mühe gekostet', die sonst nicht bewohnten Räume des Orangeriegebäudes zweckentsprechend wohnlich einzurichten, da es galt, auch das aus ca. 50 Personen bestehende Gefolge des Prinzen dort unterzubringen. Im östlichen Flügel wurde auch die Küche für die Chinesen etabliert, es sind 10 Köche für sie aus Berlin eingetroffen, außerdem eine große Anzahl Berliner Lohnlakaien und Hofbedienstete. Potsdamer Kriminalbeamte und 4 Mann von der Feuerwehr werden das Neue Orangeriegebäude während des Aufenthalts der Chinesen bewachen.

Ob diese Verfügung der Büßerfahrt in den Chinesen das Andenken an die bekannten Großthaten der europäischen Soldaten auslöschen wird?

Der elektrische Postbahnhof auf dem Lehrter Bahnhof ist gestern morgen in Betrieb genommen worden, nachdem eine ausreichende Zahl von Beamten mit den Einrichtungen der Anlage vertraut gemacht worden sind. Der Bahnhof bewältigt jetzt den gesamten Paketverkehr der Lehrter und Hamburger Bahn, für den während des Umbaues eine besondere Anlage beim Bahnhof Putlitzstraße eingerichtet worden war. Der elektrische Postbahnhof in Berlin ist der erste seiner Art. Die Anlagen arbeiten zur Zufriedenheit. Der Betrieb des Bahnhofs ist vom Viadukt der Invalidenstraße bequem zu übersehen.

Mußte das sein? „Andachten" für Droschkenkutscher hat der Fuhrherr Bever aus der Quitzowstraße in seinem Comptoir eingerichtet. An dem Hause ist ein Plakat mit folgender Inschrift angebracht worden: „Da es den Kutschern und Stallleuten an Gelegenheit fehlt, an den öffentlichen Gottesdiensten teilzunehmen, so ist hier eine kirchliche Hausandacht eingeführt worden. Dieselbe findet im Sommer früh von 8½—9 Uhr, im Winter von 9½ bis 10 Uhr statt. Jedermann herzlich willkommen. Der Fuhrherr."

Man darf wohl annehmen, daß der Fuhrherr, dem so sehr das Seelenheil der Kutscher am Herzen liegt, auch ihr irdisches Dasein durch Zahlung anständiger Löhne usw. entsprechend angenehm gestaltet hat.

Die drei Opfer der Familientragödie in der Jostystr. 8, der Ingenieur und Kaufmann Richard Köhler und seine von ihm vergifteten Kinder Emil und Adolf, sind von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben und gestern vormittag auf dem Friedhof der Bartholomäusgemeinde in Weißensee beerdigt worden.

Die Nasenspitze abgebissen wurde am Sonntagabend auf der Fahrt von Mittenwalde nach Rixdorf dem Grünkramhändler Hermann Jakob aus Berlin. J. fuhr mit der Kleinbahn Rixdorf—Mittenwalde nach Rixdorf zurück und saß dabei mit dem Arbeiter Gustav Woblack aus der Reichenbergerstraße 73 in einem Abteil. Während der Fahrt bekamen beide Männer miteinander Streit, wobei W. auf seinen Gegner zusprang und diesem die Nasenspitze abbiß. Bei der Ankunft in Rixdorf mußte sich der Schwerverletzte sofort in ärztliche Behandlung begeben; vermutlich wird er dauernd entstellt bleiben. Woblack wurde verhaftet.

Ein gefährlicher Brand wütete Sonntagnachmittag im Hause Lothringerstr. 82, in dessen Parterreräumen sich die Kaffee-Lagerei von F. Dunsing und das Putz- und Modewarengeschäft von H. Behn befinden. In der hinter dem Putzladen belegenen Küche kam das Feuer bald nach 1 Uhr aus nicht ermittelter Ursache aus, sprang binnen wenigen Minuten auf die angrenzende Stube über und nahm dann seinen Weg die Hintertreppe hinauf bis zum obersten Stockwerk. Die anwesenden Mieter mußten schleunigst über die Vordertreppe flüchten, da eine starke Verqualmung sämtlicher Räume eintrat. Da sofort „Mittelfeuer" gemeldet war, erschien bald ein starkes Löschaufgebot, das mit 4 Rohren unter Benutzung einer mechanischen Leiter gegen die Flammen vorrückte. Es gelang nach einstündigem Wassergeben, die Hauptgefahr zu beseitigen und namentlich die beiden großen Warenläden, sowie das Dachgeschoß zu halten. Bei den Löscharbeiten zog sich ein Feuerwehrmann eine starke Rauchvergiftung zu, während ein zweiter schmerzhafte Brandwunden an den Händen davontrug. Nachdem die Wehr eine kurze Zeit in die Depots zurückgekehrt war, wurde sie zum zweitenmal nach derselben Brandstelle gerufen, wo die Balkenlage nochmals brannte. Diesmal nahm die Ablöschung nur kurze Zeit in Anspruch.

Von einem Bierwagen überfahren wurde vorgestern morgen am Rollendorfplatz die achtjährige Tochter Martha des Bauarbeiters Eckert. Die Kleine versuchte dicht vor den Pferden des Bierwagens über den Fahrdamm zu laufen, glitt jedoch aus und stürzte so unglücklich, daß das rechte Vorderrad des schweren Gefährts über ihre Beine hinwegging. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Steglitzerstraße gebracht und von hier aus, da ihr der rechte Unterschenkel zermalmt worden war, dem Elisabeth-Krankenhaus zugeführt.

Ein brennender Accumulatorenwagen der Ringbahn veranlaßte vorgestern morgen gegen ½8 Uhr eine vorübergehende Verkehrsstörung im Straßenbahnbetriebe. Bei dem Waggon hatten sich die Isolierungshüllen der unter dem Wagenboden befindlichen Stromkabel entzündet und als man den Brand in der Lothringerstraße bemerkte, hatte er schon eine bedeutende Ausdehnung angenommen und den Fußboden des Wagens ergriffen. Die Passagiere mußten schleunigst den „Brennenden" verlassen, der nach dem Depot in der Ackerstraße gebracht wurde, um eine Alarmierung der Feuerwehr zu verhindern.

Am Sonntag, den 18. August, sind auf dem Volksfest in Reinickendorf ein Strohhut und ein Paar Damenhandschuhe gefunden worden. Abzuholen bei Ritschke, Pankower Allee 36.

Zeugen gesucht. Personen, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen ½1 Uhr Zeugen eines großen Auflaufs vor dem Amtsgebäude in Stralau gewesen sind und einiges über die dortigen Auftritte bezeugen können, werden gebeten, ihre Adresse an die Redaktion abzugeben.

Theater. Im Schiller-Theater sind dem bestehenden Ensemble mit dem Beginn der neuen Spielzeit folgende Neu-Engagements angereiht: Gertrud Arnold vom Hof-Theater in Hannover, Emma Griebe vom Deutschen Schauspielhause in Hamburg, Marie Mallinger von der Secessionsbühne in Berlin, Else Wasa von Berlin, Margarete Wahmann-Hellmuth vom Bellevue-Theater in Stettin, Max Kirschner vom Königlichen Schauspielhause in Berlin, Rudolf Lettinger vom Stadttheater in Breslau, Ludwig Lindikoff vom Deutscher Theater in Milwaukee, Gustav Rickelt vom Residenz-Theater in Berlin, Julius Wiese vom Lessing-Theater in Berlin, Oskar Groteck und Oskar Schreiber von Berlin.

Zwischen Herrn Direktor Heinrich Morwitz und dem Metropol-Theater, G. m. b. H., vertreten durch Direktor Richard Schulz, ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach Herr Morwitz vom 16. Mai bis 15. August nächsten Jahres mit seiner Morwitz-Oper im Metropol-Theater, Unter den Linden, Opern-Vorstellungen veranstaltet. Im Schiller-Theater findet heute Dienstag die Abschieds-Vorstellung der Morwitz-Oper statt.

Aus den Nachbarorten.

Weißensee. Heute abend 8 Uhr findet in Albrechts Hof, Parkstraße 13, eine Gedenkfeier für unsre Toten statt. Die Arbeiter-Gesangvereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Zahlreichen Besuch wünscht Der Vertrauensmann.

Aus Marienfelde wird uns berichtet: In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung kam die Organisation der Feuerwehr zur Erörterung. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß die Wehr aus 11 Mann und einem Oberführer bestehen soll, der Gemeindevorsteher übernimmt die Führerschaft. Als Entschädigung für die Wehrmänner wird bewilligt für jede Uebungsstunde 50 Pf., tritt die Wehr bei Bränden in Thätigkeit, so wird die erste Stunde mit 1 M., jede weitere mit 50 Pf. entschädigt. Ferner beschloß die Gemeindevertretung, mit einer Haftpflichtversicherungs-Gesellschaft in Verbindung zu treten, um die Feuerwehrmänner und sonstige von der Gemeinde beschäftigte Arbeiter gegen Unfall zu versichern.

Nach Vorlage einer die Gleichheit vor dem Gesetze illustrierenden Verfügung vom Ministerium des Innern, bei patriotischen Festen, Kaisers Geburtstag usw., die Lustbarkeitssteuer zu erlassen oder zu ermäßigen, wird beschlossen, die Steuerordnung nicht zu ändern und etwa eingehende Anträge von Fall zu Fall zu prüfen; unter keinen Umständen aber sollen hierbei Veranstaltungen berücksichtigt werden, welche öffentliche Kasse haben. Des weiteren wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, welche mit der Ausarbeitung eines Ortsstatuts betraut ist, dessen Entwurf in nächster Gemeindevertreter-Sitzung vorliegen soll. Auf Antrag des Gemeindevorstehers wurde beschlossen, das Armenhaus, welches sich in einem sehr bedürftigen Zustand befindet, ausbauen zu lassen.

Zwei Lebensmüde haben am Sonntag im Walde bei Johannisthal ihrem Leben ein Ende gemacht. In der Nacht zum Sonntag erhängte sich an der Rampe, die zum Bahnhof führt, ein unbekannter korpulenter Mann, nachdem er am Abend zuvor noch mehrere Gastwirtschaften in Johannisthal besucht hatte. Die Leiche wurde im Laufe des Vormittags nach dem Spritzenhaus in Schöneweide gebracht. Am Nachmittag erhängte sich in der Nähe des Bahnübergangs bei Lude 5 ebenfalls ein unbekannter Mann.

Die Einsturzgefahr des Riesen-Schornsteins der Spandauer Geschützwerke, über welche schon mehrfach berichtet worden, ist nunmehr beseitigt. Nachdem die Feuer der Maschinen gelöscht und der Schornstein vollständig erkaltet ist, hat er sich von selbst wieder grade gezogen. Da bei einem neuerlichen Anheizen der Maschinen eine Wiederholung der Bewegungen des Schornsteins und eine Erweiterung der Sprünge befürchtet werden muß, so ist diese Abteilung der Fabrik vorläufig außer Betrieb gesetzt worden. Das Bauwerk, welches etwa 50 Jahre steht, soll nunmehr abgetragen werden, um einem Neubau Platz zu machen.

Die Ruhr hat nun auch in der Spandauer Garnison einen Todesfall herbeigeführt. Am Sonnabend starb der Gefreite Schwarzen von der 7. Compagnie des V. Garde-Regiments z. F.; er war im Döberitzer Lager am Montag von der Krankheit befallen worden. Der Verstorbene, Kaufmann von Beruf, stammt aus Bobersberg in Schlesien. Nachträglich sind bei der V. Garde-Infanteriebrigade doch noch verschiedene neue Ruhrerkrankungen vorgekommen. Sehr oft bewegen sich am Tage die von Soldaten transportierten Krankenkörbe, in denen die Patienten aus der Kaserne ins Lazarett gebracht werden, durch die Straßen. Das Lazarett selbst ist schon derart mit Kranken gefüllt, daß eine Anzahl Leidender bereits im Exerzierschuppen des einen Regiments untergebracht ist. Der Besuch der Kasernengrundstücke der infizierten Truppenteile ist unter strengste Kontrolle gestellt; wer nicht dienstlich oder in dringenden Geschäften in den Kasernen etwas zu thun hat, wird nicht zugelassen.

Aus Charlottenburg bringt eine Korrespondenz, der wir die Verantwortung für die Richtigkeit ihrer Meldung überlassen müssen, das folgende anheimelnde Nachtbild: Eine große Zusammenrottung gab es in der Nacht zum Sonntag in Charlottenburg. Vor dem „Ziehklub", einer Wirtschaft an der Ecke der Wall- und Krummestraße, in der Gelegenheitsarbeiter zu verkehren pflegen, gerieten zwei Männer gegen 1 Uhr eines Mädchens wegen in einen Ringkampf, dem ungefähr 30 Personen zu sahen. Ein Schutzmann ging schließlich mit den beiden Kämpfern nach der Revierwache zu. Bald aber kam ein „Arbeiter" Schall und riß einen der Festgenommenen los, da er sein Schlafkamerad sei. Der Schutzmann ließ nun auch den andern laufen und packte Schall. Diesen versuchte wieder ein Arbeiter Petz zu befreien. Der Lärm lockte eine ganze Menschenmenge, darunter bekannte Gewaltmenschen und Schläger an. Eine Rotte drängte den Beamten mit Schall auf einen Hausflur und umringte ihn so eng, daß er von der Waffe, die er blank gezogen hatte, keinen Gebrauch machen konnte. Die Notpfeife des bedrängten Schutzmanns rief sieben Kameraden herbei, die ihn mit Gewalt befreiten und ein Dutzend der Hauptschreier und Angreifer nach der Wache brachten, darunter die „Arbeiter" Paul Müller, genannt „Räuber-Paul", Rudolf Leider, Ernst Wilke, Eichner und Wahmund. Eine Menge von tausend Personen folgte schreiend und johlend der Abführung. Einige Teilnehmer an der schweren Ausschreitung haben sich auf der Unfallstation in der Marchstraße verbinden lassen. Ob sie durch Säbelhiebe verletzt sind, oder sich unter einander geprügelt haben, steht noch dahin.

Zum Bernauer Mord. Der Bäcker Carl Oelze und der Tischler Andreas Gutzka, welche sich seit längerer Zeit mit dem ehemaligen Postschaffner Stern unter dem Verdacht des Mordes, begangen an dem Einbrecher Conig, im Untersuchungsgefängnis zu Prenzlau befanden, sind jetzt aus der Haft entlassen worden. Die weiteren Erhebungen in der Mordsache scheinen sich demnach zu ihren Gunsten gestaltet resp. zu einem negativen Resultat geführt zu haben. Der Behaftsbefehl gegen Stern ist dagegen in Kraft geblieben. Dieser wird bekanntlich auch noch mehrerer Sittlichkeitsverbrechen beschuldigt, welche er gegen die 12jährige Tochter eines Arbeiters in Schönerlinde verübt haben soll. In diesem Jahre stand bereits beim Landgericht II Termin an, doch mußten die Verhandlungen vertagt werden, da der Hauptangeschuldigte Stern inzwischen auf Antrag seines Verteidigers zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes einer Irrenanstalt zugeführt worden war. Oelze und Gutzka haben sich nach ihrer Entlassung aus der Haft sofort nach Berlin zurückbegeben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 47. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Elsaß-Lothringen und das Reich. Von Georg Weill. — Was ist der ökonomische Materialismus? Von Dr. Casimir v. Kelles-Krauz. — Der Opportunismus in der Praxis. Von Parvus. 2. Der Opportunismus und die Doktrin. — Der Einigungskongreß der amerikanischen Socialisten in Indianopolis. Von Julius Bahleich. — Litterarische Rundschau: Haushaltungsrechnungen Nürnberger Arbeiter. — Feuilleton: Wie die Heimat stirbt! Bilder aus dem Osten von Fritz Skowronnek. (Fortsetzung.)

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 27. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Versammlung. Tagesordnung: Modelleur-Angelegenheiten. Wahl der Agitationskommission der Modellbranche und eines Mitgliedes zur Preßkommission.

Marktpreise von Berlin am 24. August 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		8,50	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg		1,70	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,60	1,10
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	15,—	14,30	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,20	13,60	Eier	60 Stück	4,—	2,40
„ gering	„	13,50	12,90	Karpfen	1 kg	2,40	2,—
*Hafer, gut	„	16,20	15,50	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	15,40	14,70	Zander	„	2,80	1,40
„ gering	„	14,60	13,90	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	7,16	6,82	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	8,50	5,60	Schleie	„	2,40	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	18,—	2,50
Linsen	„	65,—	30,—				

*) Frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 26. August. Am Getreidemarkt entwickelte sich heute recht schwache, beinahe flaue Stimmung. Die Lieferungspreise für Weizen und Roggen setzten ¾ bis 1 M. niedriger ein als vorgestern. Allerdings kamen die Auslandsbörsen im allgemeinen nur unwesentlich schwächer, dagegen nahmen bei uns die Realisierungen einen größeren Umfang an. An der Börse nimmt man an, daß am hiesigen Platze Spekulanten vielfach à la Hausse engagiert und nicht in der Lage sind, die Ware, deren Ankündigung zum September erwartet wird, aufzunehmen. Bei den Mühlen herrscht z. Z. nur ein minimaler Bedarf, da der Mehlabsatz schleppend und unregelmäßig ist. Infolge dessen verhielten sich die Nehmer trotz der nachgebenden Preise in hohem Grade reserviert. Offerten waren vom Auslande am Markte, im Preise jedoch nicht rentabel; nur einiger südrussischer Roggen war billiger offeriert. Mehl lag sehr still. Hafer matter und reichliches Inlandsangebot; ausländische Offerten fehlten in diesem Artikel. Mais gleichfalls schwach. Rüböl 0,10 M. nachgebend.

Spiritus ohne Notiz und Handel.

Bei Schluß des Verkehrs waren die Reportsätze für Getreide noch größer als am Anfange.

Witterungsübersicht vom 25. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemünde	755	OSO	7	heiter	17	Haparanda	754	Still		bedeckt	10
Hamburg	751	SO	2	wolkig	14	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	754	SO	3	heiter	16	Cork	756	N	6	hlb.bed.	14
Frankf./M.	753	SSW	4	bedeckt	19	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	757	W	4	bedeckt	18	Paris	753	SW	3	bedeckt	17
Wien	757	SSO	2	wolkenl	18						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. August 1901.

Ziemlich trübe, am Tage etwas kühler mit Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Nicklaus. Diese Mißstände bitten wir Sie an den Verband der Handels-Hilfsarbeiter zu berichten.

W. S. 60. Schöneberg. 1. Ja. 2. Nein. 3. Besprechen Sie die Angelegenheit doch zunächst mit Ihrem Vater. Erst wenn klar ist, ob Vermögen seitens der Mutter vorhanden ist und ob und wie Ihr Vater erben will, sind die einzelnen erforderlichen Schritte anzugeben. 4. Ja. — **1000 G. A.** 1. Eine solche Anzeige würde nur dann Erfolg haben, wenn sie der Wahrheit entspräche. 2. Der Mietsvertrag wird durch Aushebung zum Militär nicht aufgehoben. — **O.** Nein. — **Kurtner.** Der Betreffende soll selbst bei dem Vorstand der betreffenden Berufsgenossenschaft seinen Anspruch auf Unfallrente anmelden. Sonst verjährt dieser Anspruch im Juni 1902. — **M. N. 52. 4.** Der Einwand, daß innerhalb der Empfängniszeit auch mit einem andren Manne Verkehr gepflogen ist, führt zur Abweisung der Klage, alle andren Einwendungen sind hinfällig. — **C. 200.** Ja. — **O. S. 2.** Als Zeuge soll Ihnen eine Frage, ob Sie bestraft sind, in der Regel nur so weit vorgelegt werden, als es sich um Bestrafung wegen Meineids handelt. Liegt Ihnen daran, unter keinen Umständen weden der vor 16 Jahren erfolgten Lappalie befragt zu werden, so schreiben Sie an das Gericht: In der und der Sache bin ich zum so und so vielten als Zeuge geladen. Ich bin vor 16 Jahren wegen usw. mit usw. bestraft und bitte, mich nach dieser Bestrafung nicht zu fragen. Sie gehen dann sicher, daß kein anständiger Richter Sie wegen der Strafe befragen oder eine Befragung seitens andrer zulassen wird. — **A. Schmidt 100.** 1. Nein. 2. Durchschnittlich 2 Stunden. — **O. 101.** 1. Vor 3 Jahren. 2. Schlagen Sie Liebknechts Fremdwörterbuch nach. — **E. 555.** Nein. — **K. N. 40.** Ja. — **Gute Hoffnung 2000.** 1. Nur noch auf Grund eines Gerichtsbeschlusses. 2. Beide Klagen können nebeneinander laufen. 3. Falls diese Forderung sich als Mißbrauch der ehelichen Gewalt darstellt: nein. 4. Einer für beide genügt. 5. Ja. 6. Beweist sie das, was Sie behaupten, so wird die Klage des Ehemannes abgewiesen. 7. Ehebruch ist nur dann strafbar, wenn wegen dieses Ehebruchs die Ehe geschieden wird. 8. Ja, sie muß innerhalb 6 Monaten angestellt sein und kann zwischen 6 Monaten und 2 Jahren dauern. — **W.** Nein. — **Martin 29.** 1. Sie können, da die Herausgabe des Kindes rechtskräftig ausgesprochen ist, ja jederzeit die Herausgabe mit Hilfe des Amtsgerichts und des Gerichtsvollziehers selbst erwirken, auch, falls Ihnen das Kind durch Gewalt oder List vorenthalten wird, Strafantrag stellen. Aus Ihren Darlegungen erhellt nicht, weshalb Ihre bisherigen Anstrengungen zur Verwirklichung Ihres Rechts fruchtlos gewesen sind. 2 und 3. Nein. 4. Das wäre wohl zwecklos. — **K. A.** 1. Ja, vorausgesetzt, daß die Wohnung nicht zu Zwecken mißbraucht wird, denen nur eine Familienwohnung dienen soll. 2. Es genügt, daß das Gericht die Ueberzeugung gewinnt, daß Ehebruch stattgefunden hat. Hierfür kann der häufige gegenseitige Besuch hinreichen. 3. Jeder die Hälfte. — **K. P. Z.** Nein. — **P. K. 75.** 1. Darüber hat auf Anrufen des Vaters unter Würdigung aller Umstände das Amtsgericht zu befinden. 2. Mit Ablauf von 4 Jahren seit Ende des Jahres, in dem die letzte Zwangsvollstreckung stattfand. 3. Zahlt nicht die Stadt die Unterstützung, so erbt sie auch nicht. Wer die Unterstützung zahlt, ist aus Ihren Angaben nicht zu ersehen. 4. Die Klage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. — **A. P. 100.** Nein. — **Anna S.** Die Nichtbefolgung des Verbots kann eine Anklage wegen Verübung groben Unfugs nach sich ziehen. — **Charlottenburg 11.** Den 31. Dezember d. J. — **Belzigerstraße.** Nach dem Krankenversicherungs-Gesetz darf der Kassenvorstand an Stelle des Krankengeldes und ärztlicher Behandlung usw., freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gewähren, und zwar für solche, welche nicht verheiratet sind oder keine eigne Haushaltung haben oder nicht Mitglied der Haushaltung ihrer Familie sind, stets auch ohne deren Zustimmung. Sie sind also im Unrecht, die Kasse im Rechte. — **Rechtlos 3.** Auch Arbeitslose haben Zeugenentschädigung zu beanspruchen. § 2 der Gebühren-Ordnung für Zeugen bestimmt ausdrücklich: der Zeuge erhält eine Entschädigung für die erforderliche Zeitversäumnis im Betrage von 10 Pf. bis zu 1 M. für jede angefangene, jedoch nicht für mehr als 10 Stunden. „Personen, welche durch gemeine Handarbeit, Handwerksarbeit oder geringeren Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen oder sich in gleichen Verhältnissen mit solchen Personen befinden, erhalten die nach dem geringsten Satze zu bemessene Entschädigung auch dann, wenn die Versäumnis eines Erwerbs nicht stattgefunden hat.“ — **D.** Ja

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 27. August.

Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Der Mikado. Anfang 8 Uhr. Im Trianon-Theater: „Lebende Lieder“. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller. (Morwitz-Oper.) Der Troubadour. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alessandro Stradella. Hierauf: Cavalleria rusticana. Anfang 8 Uhr.
Lessing. Geschlossen.
Residenz. Geschlossen.
Neues. Geschlossen.
Westen. „Theater Charlvari“ (Secessions-Brettl). Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiß. Talolo. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zigeunerbaron. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Der Vetter. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Lustiges Brettl“. Anfang 6 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: „Mittelmeerfahrten“.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Morwitz-Oper. Dienstagabend 7½ Uhr: Schluß der Opern-Saison. Abschied **Heinrich Bötel.** **Der Postillon von Lonjumeau.** Komische Oper in 3 Akt. v. Ad. Adam. Mittwoch, Donnerstag, Freitag geschlossen. Sonnabendabend 8 Uhr: Eröffnung der Schauspiel-Saison. Zum erstenmal: **Die Kronprätendenten.**

Carl Weiss-Theater Große Frankfurterstr. 132. Direkt.: B. Zimmermann & O. Schramm. **Lustspiel-Ensemble.** Zum letztenmal: **Talolo** Anfang 8 Uhr. Morgen: Sommer-Oper. Zauberflöte. Im Garten: Theater, Konzert und Specialitäten-Vorstellung. Damen-Ringkampf. Letzte Woche! Betty Laars, weiblicher Herkules. 6½ Uhr. Sonntag, 1. September. Gr. Novität! **Berliner Rangen.** Gr. Gesangsposse in 7 Bildern von G. Albert. Musik von Leonard. Neue Kostüme. Glänz. Ausstattung. Neue Dekorationen. 90 mitwirkende Personen.

Urania Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Mittelmeerfahrten.** Kleine Preise. Invalidenstr. 57/62. Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum. Friedrichstr. 165. Neu! Neu! Neu! **Der künstliche Mensch!** Die sensationellste Erfindung der Neuzeit! Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung. Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten Entree 1 Mark. Von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder die Hälfte. Heute: **Grosses Doppel-Konzert.** Anfang 5 Uhr nachmittags.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen und Requisiten bei ermäßigten Preisen zum 730. Mal: **Die Geisha.** Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

Apollo-Theater **Robert Steidl** als Wolzogen II, Ueberbrettl-Parodie **10 hervorragende Specialitäten.** Ferner: **Frau Luna** mit dem Luftballett „Grigolatis“. Konzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Täglich Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. **Die Veilchenfee.** Burleske mit Gesang in 2 Bildern von W. Gericke. Musik von Schmidt. Im Saale: Tanzkränzchen.

G. Brochnows Gesellschaftshaus, 1827B*] Weberstraße 17. Im herrlichen Konzertgarten jeden Dienstag und Freitag: **Steinmetz** Sänger. Nach der Soiree: Tanzkränzchen. Sonntag: **BALL.** Einige Sonnabende noch zu vergeben.

Metropol-Theater. Dienstag, den 27. August: **Schön war's doch!** Grosse Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern mit freier Benutzung von „O, diese Berliner“ von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. **Emil Thomas als Gast. Joseph Josephy a. D. H. Bender. G. Kaiser. Elise de Veré a. D. Frid Frid. F. Georgette.** Gastspiel: **Saharet.** Anfang ½8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Prater-Theater Kastanien-Allee 7/9. Täglich: **Auf fremder Erde.** Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz. Auftreten der Excentric-Chansonnette Hedwig Döring, des Grotesken-Komikers Paul Coradini, der Frères Douseck, Gigerl-Akrobaten, The Kartoys, Musikalische Komödianten, Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Numerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Reichshallen. Heute, sowie täglich: Humorist, Soiree der Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci Im Garten: Täglich: — Hoffmanns — **Nordd. Sänger** und Konzert. Donnerstag, Sonntag u. Montag: **Tanzkränzchen.**

Brauerei K. Gregory, Badstr. 67 u. Hochstr. 21—24, Oekonom H. Bopel. Empfehle meine hocheleganten Säle, 300 Personen fassend, für Vereinsfestlichkeiten. 1840B* Im Garten: Gr. Freikonzert.

Max Kliems Sommer-Theater Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: Paul Milditz. Täglich: [1649B* Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würstelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

M. Cohns Festsäle, Beuth-Strasse 20. 2183L* Einige Sonnabende und Sonntage für die bevorstehende Saison noch zu vergeben. Moritz Cohn.

Vereine. Achtung! Vereine. Habe noch zwei größere Säle an Sonnabenden und Sonntagen im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar, März zu vergeben. Toten-Sonntag und Bußtag noch frei. **H. Ebert,** Kommandantenstr. 72. 2165B*] Neues Klubhaus.

Boykottfreier Nordhäuser Kautabak von **Grimm & Triepel,** Nordhausen, stets frisch zu billigsten Preisen bei [2163B* **H. & P. Uder,** Berlin SO., Engel-Ufer 5, parterre, Tabak-Großhandlung und Cigaretten-Fabrik. Nur echt, wenn jedes Röllchen den Zettel: „Aus der Fabrik von Grimm & Triepel, Nordhausen“, trägt.

Schweizergarten Am Königstthor. Am Friedrichshain. Täglich: **Theater. — Ball.** Neue Specialitäten. Jeden Abend 10 Uhr: **Berliner Leben.** Anfang 4½ Uhr. — Entree 30 Pf.

Wedding-Park Müller-Strasse 1/78. Jeden Dienstag und Sonnabend: **Norddeutsche Sänger.** Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [* Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: **Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**

Jede Taschenuhr reinigen ob. Feder einf. 1,50 M. unt. Gar. Goldene Damenuhren 15—100 M. Getragene silberne Uhren 5,50 M. Teilzahlung gestattet. **G. Paetzel,** 1. Geschäft: Wallstraße 14, nahe Spittelmarkt. 2. Geschäft: Turmstraße 65.

Puhlmanns Vaudeville-Theater Schönhauser-Allee 148. Täglich: Große Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges. Großer Lacherfolg! **Wir brauchen keine Männer mehr.** Großer Lacherfolg! Große Ausstattungsposse in 2 Akten von Cleefeld. Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr. F. Lehmann, Direktor.

! Sonnabende ! Noch frei [2186B* **Pracht-Saal,** mit Bühne zu 300—400 Pers. Neue Heizungsanlage. Weber-Straße 17.

Honig! Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn. **E. Reil,** Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. (1918B*

5½ Pfund Brot 50 Pf. Backware 6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckereien: Wrangelstraße 9, Krautstraße 19, Falkensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2.

An der Michaelbrücke 1 bei der Holzmarktstraße noch zu vermieten Fabrik-Räume: 2047B* I. Etage cplt. 330 Meter, II. „ „ 330 „ III. „ 115 Meter, IV. „ 150 in belieb. Teilen. Doppellicht, Fahrstuhl, Wasserladestelle. Vermittler Provision. F. Simon, Gerichtl. Bücher-Revisor. An der Michaelbrücke 1.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein guter und lieber Mann, Vater und Schwiegervater

August Emmrich

am 24. August nach langem, schwerem Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr auf dem neuen Jakobi-Kirchhof in der Hermannstraße statt. 995

Die tiefbetrübte Frau Marie Emmrich, Tochter u. Schwiegersohn Max Landgraf.

Central-Verband der Bauarbeiter (Zahlstelle Berlin II)

Am 20. August 1901 schied freiwillig aus dem Leben der Bauarbeiter

August Hinkelmann

im 38. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiland-Friedhofes aus statt. 43/14

Um rege Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unvergeßlichen Vaters, des Schlossers **Robert Mosig,** sage ich allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.

Witwe Mosig nebst Kindern, W., Culmstr. 20a. [1135

Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank. **Wiw. Krause** nebst Kindern. 2187B] Chorinerstr. 54.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung des Schlossers **Max Bäthge** sagen allen Freunden, Kollegen und Genossen herzlichsten Dank 1115

Die trauernden Hinterbliebenen. J. V.: Rudolf Zinnow.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie seinen ehemaligen Kollegen und Meistern meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe **Emma Krause nebst Sohn.**

Die von mir leichtfertig in die Welt gesetzten Beschuldigungen gegen Herrn O. Grauer in Lichtenberg nehme ich hiermit zurück, nachdem ich mich überzeugt habe, daß das von mir Verbreitete unwahr ist, und warne ich vor Weiterverbreitung der von mir aufgestellten Behauptungen; ich bedaure, die Parteigenossen von Lichtenberg und die des vierten Wahlkreises um einige Stunden ihrer Zeit gebracht zu haben. 1045

Felix Büttner.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoris, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege. **Eigene Werkstatt.** Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin C., [1863B* **30. Linien-Straße 30.**

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2. Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Holzmarktstr. 20. Bäckerei, auch für andre Zwecke, zu vermieten. 2046B*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Dienstag, abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung
und der
Werkstatt-Kontrollkommission.

Achtung, Stock- und Celluloidarbeiter!

Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr,
im „Englischen Garten" (oberer Saal), Alexanderstraße 27 c:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Emanuel Wurm** über: „Der gewerbliche Gesundheitsschutz." 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. **Der Obmann.**

Modell- und Fabriktischler.

Mittwoch, den 28. August, abends 8½ Uhr, im Weddingpark, Müllerstraße 178:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1088
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Obmann.**

Mittwoch, den 28. August cr., abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße Nr. 18 c:

Branchen-Versammlung
der
Galanterie- und Luxusmöbel-Arbeiter
(Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Polierer).

Tages-Ordnung:
Wie gestalten sich die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der jetzigen wirtschaftlichen Krise?

Es ist Pflicht eines jeden in dieser Branche beschäftigten Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Seitenflügel, Saal VII:

Branchenversammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie und die Unfallverhütungs-Vorschriften. Referent: Kollege **E. Böske.** 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

NB. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Fabriken Knade u. Thal, Dieffenbachstraße 36; Laurinat, Wasserthorstraße 9; Rössel, Wasserthorstr. 32 sowie sämtliche in Pianofabriken arbeitenden Maschinenarbeiter ganz besonders eingeladen.

Centralverband der Maurer 2c.

(Zahlstelle Berlin II).

2 große Mitglieder-Versammlungen:

Für Südost und Ost am Dienstag, 27. August, abends 8 Uhr, im Lokale Wrangelstr. 10.

Für Moabit am Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8.

Tagesordnung in beiden Versammlungen: Vortrag über: „Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation".

Um rege Beteiligung aller Verbandsmitglieder ersucht 143/18*
Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!

Verein der Tischler Berlins u. Umgegend.

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Dienstag, 27. August, abends 8½ Uhr, im Freischütz, Fruchtstr. 36a:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn** über: Humanität und Gewaltpolitik. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Freunde und Kollegen als Gäste sind willkommen. 186/16*
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolk, Leipzigerstr. 130. Spr. 9—7.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 28. August cr., abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Stecherts Festsälen, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
1. „Die wirtschaftliche Krisis und die Aufgaben der Gewerkschaften." Referent: Reichstags-Abgeordneter **E. Rosenow.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 130/4

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet **Der Vorstand.**

Stempel-Fabrik von 1844!
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung
Kautschuk-Typen „Perfekt"
zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

---

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Dienstag, den 27. August 1901, abends 8½ Uhr,
bei Nümann, Brunnenstr. 188:

Versammlung der Bandagisten.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über die Antwort der Arbeitgeber. 2. Diskussion und Stellungnahme hierzu.

Das Erscheinen aller ist notwendig. 118/2

Mittwoch, den 28. August 1901, abends 8 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstraße 20:

Allgem. Versammlung der Schlosser.

Tages-Ordnung:
1. **Der Streik der Bauanschläger Berlins.** Referenten die Kollegen **Schulz** und **Schröder** von der Lohnkommission der Bauanschläger. 2. Diskussion.

Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Donnerstag, den 27. August 1901, abends 8½ Uhr:

Versammlung der Gürtler und Drücker

im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Petzel** über: **Die Krise in der Industrie.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Textilarbeiter-Verband.

Berlin III (Dekateure).

Dienstag, den 27. August, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Schubert.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Aussperrung vom 1. Mai d. J. 4. Verschiedenes.

Pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. — Gäste willkommen.
197/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Mittwoch, den 28. August, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Thomas, Hermannstraße 48—50:

Oeffentliche Versammlung der Bautischler.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Stusche** über: Gewerkschaftliches. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 108/3

Deutscher Photographen-Gehilfen-Verband

Abteilung Berlin.

Mittwoch, den 28. August 1901, abends 9 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das Naturheilverfahren, erklärt an großen Lichtbildern vom Naturarzt **Grundmann.** 2. Verschiedenes und Fragen. 118b

Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 28. August, ab. 8 Uhr, b. Raabe, Kolbergerstr. 23:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Alle Mitglieder sind verpflichtet zu erscheinen. — Gäste willkommen.
112b **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Bauanschläger!

Mittwoch, den 28. August cr., vormittags 9 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29: 34/11

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Bauanschläger Berlins.

Tages-Ordnung:
1. Unser Streik. 2. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Achtung! Achtung!

Vereine und Gewerkschaften.

Hierdurch zur gefälligen Kenntnis, daß die Tanzlehrer Herren Georg Arndt in Rixdorf, Steinmetzstr. 32, und Emil Meisel, Falkstraße 21 wohnhaft, nicht mehr Mitglieder unsres Vereins sind. 200/1

Letzterer ist jetzt bei Herrn Rautenberg, Hasenheide 52, beschäftigt.

Der Vorstand des Tanzlehrer-Vereins „Solidarität".

Künstl. Zähne
ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung. 1917a*
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Eigene Werkstätten!

Möbelfabrik.

Für bestes und trockenes Material garantiert!

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei 21139
Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO., **Skalitzerstraße 6,** am Kottbuser Thor.

Einsegnungs-Anzüge von 12—27 Mk.

M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen **Rudolf Bartsch,** Oranienstrasse 73, zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für **Brautleute.** Solide und gediegene Einrichtungen für **200–300–400–500 bis 10 000 Mark** stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, sieben Jahre bestehend, verkauft Fruchtstraße 61. [†35*

Restauration. Verkaufe billig wegen Aufgabe das Geschäft Weimarerstraße 38, Cholk. †144*

Sarggeschäft Familienangelegenheit wegen verkäuflich Weinbergsweg 10, Berlin. 13b

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Einsegnungs-Anzüge empfiehlt zu billigen Preisen Grohe Frankfurterstraße 16. August Achilles. 798R*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Salmstraße 43, Hof Keller. 857b

Witwe verkauft Wirtschaft. Metzerstraße 30, II rechts. 117/2

Möbeleinrichtung, Nußbaum, spottbillig verkäuflich, Gartenstraße 148, Vorderhaus 1 Treppe links. †135*

Kinderwagen, Sportwagen, Mieienauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 722R*

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82

Spottbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. 73/15*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 116/6*

Hobelbank, billig, verkauft Urban, Marienburgerstraße 47, Seitenflügel.

Halbrenner, wie neu, 75. Thiel, Michaelkirchplatz 8. 106b

Restauration zu verkaufen Rostockerstraße 40. 115b

Tischlerei verkäuflich. Zu erfragen bei Klein, Lausitzerplatz 8.

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 2570b*

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767R*

Abendkurse für Bautechniker, Tiefbautechniker, Maschinen- und Elektro-Techniker. „Technikum Berlin", Holzmarktstraße 73. Programm kostenlos.

Rechtsbureau, Tellowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Ratserteilung. 758R*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48.

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr 20. *

Bücherankauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafenstraße 101. *

Fahrrad, 50,00, kauft Ratzlaff Zionskirchstraße 28. 757R*

Augustabad, Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 736R*

Achtung! Wernaus Festsäle, Schwedterstraße 23/24. Sonnabende an Vereine zu vergeben. Säle zu Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Coulante Bedingungen. [787R*

Roland-Festsäle, Elsasserstraße 26. Für Vereine Sonnabende frei. Coulante Bedingungen. [3000b*

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Zahlstelle. Rudolf Hurran, Naunynstraße 86. *

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Ratserteilung, Andreasstraße dreiundsechzig. 109b

Vermietungen.

Landaufenthalt. Zimmer, Woche 3 Mark. Wende, Eggersdorf-Strausberg. 100b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren Reichenbergerstraße 177, Fräulein Rörich. [†7

Möblierte Schlafstelle Zionskirchplatz 1, IV bei Ruge. 59b

Möblierte Schlafstelle mit Flureingang vermietet Beutner, Luisen-Ufer 18, IV. 101b

Schlafstelle Georgenkirchstraße 62, Seitenflügel parterre, Witwe Gosinack.

Mietsgesuche.

Suche möblierte Schlafstelle, separat, möglichst Centrum, für anständiges Fräulein als Alleinmieter. Preisangabe Postamt 45 unter „838". [116b

Gesucht ein kleines, einfaches Zimmer Nähe Oranien- und Moritzplatz; Preisangabe bis Mittwoch unter A. 2 Expedition dieses Blattes.

Genosse sucht einfach separat möbliertes Zimmer (Nähe Anhalter Bahnhof). Offerten mit Preisangabe Postamt 26 W. B. 102b

Wohnungen.

2 Stuben und Küche zum Oktober billig zu vermieten Rostockerstr. 31, neues, sauberes Haus, nahe Stadtbahn. [107b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, R. Gläser. *

Stellenangebote.

Tüchtigen Rohrleger (Klempner) Müller, Hochstraße 33. [†66

Tüchtigen Belegermeister verlangt Bartels Goldleistenfabrik, Michaelkirchstraße 17. 103b

Mamsells auf Damen-Jacketts, auch Lehrdamen, verlangt Grandenzerstraße 13. 105b

Frau zum Mitnähren sucht Bisel, Straßmannstraße 1. 108b

Geübte Straussfedern-Arbeiterinnen verlangt sofort Schneider, Metzerstraße 8. [295*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

2 gute Ofensetzer für dauernde Beschäftigung sucht **G. Hentschke,** Töpfermeister, Schwiebus. [74/1*

Achtung, Korbmacher!

In der Korbwaren-Fabrik von **Schmidt & Co., Dresdenerstraße 81,** befinden sich sämtliche Korbmacher wegen Preisdifferenzen auf Kugelförbe im Streik. — Auch die Firma **Schlesinger, Stallschreiberstr. 18,** sucht unter denselben Bedingungen Korbmacher.

Zuzug nach beiden Werkstätten ist streng fernzuhalten. *

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.